

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stavelor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 18

Duisburg, den 1. Mai 1926

27. Jahrgang

Vorwärts und aufwärts! Unser 11. Gewerkschaftskongreß

Der erste Gewerkschaftskongreß der christlichen Gewerkschaften, der vom 17.-20. April zu Dortmund tagte, ist beendet. Den arbeitsreichen Tagen von Dortmund werden arbeitsreichere folgen, um die Ziele, die aufgestellt wurden, zu erreichen.

Was der Tagung das ausschlaggebende und wertsetzende Zeichen gab, war die positive, bejahende Stellung zu den Fragen, die heute die Arbeiterschaft umdrängen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat den einfachen und primären Sinn ihres Daseins — die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse — in der Nachkriegszeit wesentlich vertieft. Das war notwendig. Denn die Arbeiterbewegung wurde immer mehr in den Mittelpunkt des staatspolitischen und wirtschaftspolitischen Geschehens gestellt und hatte nun Aufgaben zu lösen erhalten, an die sie früher nicht gedacht hatte und auch nicht denken konnte.

Fragen des allgemeinen Staats- und Volkslebens, der Mitbestimmung der Wirtschaft, der lebendigen Gestaltung des sozialen Wollens traten bestimmend in den Vordergrund. Dafür mußten Wege gezeigt und die Arbeiterschaft mußte dafür reif gemacht werden. So zeigt sich denn auch, daß von Essen über Köln nach Dortmund eine programmatisch klare und sichere Linie geht. Mancher glaubte, die Gewerkschaften hätten sich zuviel aufgebürdet, mancher glaubte nicht in allem mitgehen zu können, es gab, wenn auch nicht über das Ziel, so doch über den Weg tiefes und selbst leidenschaftliches Ringen.

Es ist das stolze Zeichen des Dortmunder Kongresses, was namentlich an innerer Festigung innerhalb der Bewegung im letzten Jahr erreicht wurde. Es gab eine grundsätzliche Verschiebung zu der programmatischen Rede Stegerwalds über „Staat, Volk und Wirtschaft“ überhaupt nicht. Das lebendige Bewusstsein zum deutschen Volksstaat war der Angelpunkt, von dem aus Stegerwald an die Lösung der uns gestellten Fragen heranging.

Die „Kronenburg“ in Dortmund, das Tagungsort, ist das Symbol des Fortschritts der Arbeiterschaft. 1895 hatte an der gleichen Stelle der erste sozialpolitische Kursus des Volksvereins für das katholische Deutschland stattgefunden. Was war damals an Sozialpolitik da? Was an Gleichberechtigung? Was an Organisation? Man war froh, wenn man das allergrößte Gerölle der sozialpolitischen brutalen Ära Stumm wegräumen konnte. Und heute? Dreißig Jahre später? Heute steht die Arbeiterbewegung gleichberechtigt und geachtet da, heute ist der Arbeiter kein willenloses Objekt mehr, heute streben wir dem Mitbesitz in der Wirtschaft zu und sind mitverantwortlich für unseres Volkes Leben und Sein. Trotz aller wirtschaftlichen Bedrängnisse können wir mit Zug und Recht auf diese Entwicklung stolz sein.

Erster Tag

Unter stärkster Anteilnahme des In- und Auslandes wurde am 17. April, morgens 10 Uhr, der Kongreß eröffnet. An 500 Delegierte und Ehrengäste waren anwesend. 60 Zeitungen hatten Berichterstatter entsandt, darunter die englischen Weltblätter „Times“ und „Manchester Guardian“.

Von den Ehrengästen erwähnen wir Reichsarbeitsminister Brauns, Staatsminister Hirtfelder, Ministerialdir. Dr. Grieser, Erz. v. Nostitz, Bischof Caspar Klein von Paderborn, Landrat Dr. Klauener (Dortmund), Generalsuperintendent Jöllner (Münster), Oberpräsident Gronowski, Oberbürgermeister Dr. Eichhoff (Dortmund), Landeshauptmann Diekmann, Berghauptmann Oventshim (Dortmund), Reichspostminister a. D. Giesberts, Hermann Henseler vom Internationalen Arbeitsamt in Genf, Serrarens aus Utrecht vom Christlichen internationalen Gewerkschaftsbund, die Prälaten Dr. Pieper (M.-Glabach) und Mosterts (Düsseldorf), außerdem eine große Anzahl von Abgeordneten der Parlamente. Begrüßungsgramme haben gesandt die christlichen Gewerkschaften in Frankreich, Belgien und der Schweiz. Aus der Tschechoslowakei und Holland sind Vertreter persönlich erschienen.

Stegerwald

Eröffnet die Sitzung. Er wirft einen Rückblick auf die schwere Zeit, die seit dem letzten Kongreß der Christlichen Gewerkschaften 1920 in Essen verstrichen ist.

Als kennzeichnend für die Lage erwähnte er den Mord an Erzberger, an Rathenau, den Ruhrkampf, die Gefahr des Auseinanderfallens des deutschen Volkes in zwei Lager, die Inflation, die Vernichtung der in den Versicherungen angelegten sozialen Vermögen; er erwähnte, daß die Unternehmer entweder in der schweren Zeit die Nerven verlieren oder in reaktionärer Weise bestrebt gewesen seien, das Interesse der Arbeiterschaft zu ignorieren. Demgegenüber betonte er die erfolgreiche Arbeit der christlichen Gewerkschaften, die inzwischen doch ein gutes Stück vorangekommen seien, trotz aller Widerstände. Die Arbeitszeit ist verkürzt, die Ra-

tifizierung des Washingtoner Abkommens ist wahrscheinlich, die Löhne wurden wieder gesteigert, auch andere Verbesserungen sind gegenüber der Vorkriegszeit inzwischen eingetreten. Auch die augenblickliche Deflationsschere scheint ihren Höhenpunkt überschritten zu haben, wenn auch ihr Ende noch nicht abzusehen ist. Trotz aller Erschütterungen in den letzten Jahren weisen die christlichen Gewerkschaften heute mehr als doppelt so viel Mitglieder auf wie vor dem Kriege. Wenn auch die Lage der deutschen Arbeiterschaft noch unbefriedigend, zum Teil sogar traurig ist, so muß doch gesagt werden, daß ohne die Gewerkschaften der heutige Stand nicht möglich wäre.

Der gegenwärtige Kongreß soll auf der Grundlage, die in Essen gelegt worden ist, weiter aufbauen und der inneren Klärung und Festigung dienen, wie auch neues Nützliches im Emanzipationskampf der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft bieten. Stegerwald verwies auf das große Interesse, das dem Kongreß im In- und Auslande entgegengebracht wird. Sogar aus England sind Berichterstatter für die dortigen Zeitungen erschienen.

Wir Arbeiter

Von Kesselschmied Heinrich Lersch.

Das ist das Wunderbare: Durch allen Lebenskampf, durch Taumel nach Gold und Besitz, in Hitze und Kälte, Rauch und Staub, beruht und beschwächt,

Mit Sorgen und Bangen die Zukunft erwartend, ein Ziel in uns zu tragen, das hoch über alles Irdische steigt.

In dessen Glanz das Dunkle und Trübe leuchtet, das uns ver-schwistert mit den Nöten der Erde.

Wir sind es, die in Herzensstiefen allen Lebensinn empfinden, der münden soll im Einzigenwahren.

Darum sind wir in diese Welt hineingestellt, und wir wollen unsern Beruf erfüllen.

Als Arbeiter Mensch sein, der über sich die Gerechtigkeit fühlt und vor sich die Freiheit sieht, in dessen Herzen die Schönheit ist.

Wir wollen den Dreiklang in Harmonie: Ein Leben in Arbeit, Schönheit und Liebe.

Den Reigen der Begrüßungsreden eröffnete Hermann Henseler

für das Internationale Arbeitsamt.

Er überbrachte Grüße von Albert Thomas dem Leiter des Internationalen Arbeitsamtes und wünschte dem Kongreß besten Erfolg. Er kennzeichnete die Aufgabe des Internationalen Arbeitsamtes als eine Reformarbeit: durch ein Reg von sozialpolitischen Abkommen zu einem internationalen einheitlichen Arbeitsrecht zu gelangen. Dazu ist die Mitwirkung der Arbeiterschaft und die öffentliche Meinung unerlässlich, da dem Arbeitsamt sozusagen jedes verfassungsmäßige Zwangsmittel, um die Beschlüsse durchzusetzen, fehlt. Weil das Amt in den christlichen Gewerkschaften in hervorragendem Maße zielvorwärtstreibende Kräfte sucht, ist es an ihren Arbeiten und Tagungen interessiert.

Für den Internationalen Bund der christlichen Gewerkschaften sprach

Serrarens-Holland.

Es wies darauf hin, daß Deutschland nach 1920 ein Schiff in Not gewesen sei. Der Internationale Bund der christlichen Gewerkschaften habe geholfen, so gut es ihm möglich war. Aber höchsttönende Entschlüsse zu fassen, habe er in Erkenntnis der Grenze, die seiner Wirksamkeit gesetzt waren, anderen überlassen. Erfreulicherweise macht die Wertschätzung, die den christlichen Gewerkschaften entgegengebracht wird, bedeutsame Fortschritte, was schon darin zum Ausdruck kommt, daß für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz auch ein christlicher Vertreter gewählt ist. Es wird auch in Zukunft nichts unterlassen werden, um die Arbeit an die ihr gebührende Stelle zu setzen und die Wirtschaft ihren natürlichen Zwecken unterzuordnen. Ob dazu eine Zusammenarbeit mit den sozialistischen Organisationen möglich ist, hängt davon ab, wie weit der Reifeprozess im sozialistischen Lager fortschreitet. Einzeitweilen bleibt für die christlichen Organisationen nur über, hinzuarbeiten zum Wohle der Arbeiterschaft, zum Besten der Gesellschaft und zur Ehre Gottes.

Viel beachtet wurde die Begrüßungsaussprache des Vertreters der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften in Oesterreich

Winger.

Er betonte, daß wir in Deutschland und Oesterreich Kinder des gleichen Volkstammes seien. Wären nicht die Friedensbestimmungen, so wären heute die Vertreter Oesterreichs als Vertreter der deutschen Ostmark hier. Noch ist es nicht so weit. Er regnet aber

bestimmt damit, daß die christlichen Gewerkschaften Deutschlands sich auch dereinst über Oesterreich ausbreiten und einen gemeinsamen Wirkungsbereich haben werden. Alle Kräfte müssen daran gesetzt werden, um dereinst gemeinsam die Interessen der christlichen Arbeiterschaft wahrzunehmen. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Dann sprach der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform,

Erzellenz v. Nostitz.

Er betonte, daß die Gesellschaft für soziale Reform und die christlichen Gewerkschaften alte Freunde seien. Die Gesellschaft habe viele Jahre hindurch und auch jetzt noch von der lebhaften und befruchtenden Unterstützung seitens der Gewerkschaften viel lernen können. Die Gesellschaft habe den Weg der Gewerkschaftsbewegung von vornherein richtig erkannt als den wirksamsten Hebel zum sozialen Fortschritt, der für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen unentbehrlich ist. Wertvoll ist vor allen Dingen der Gehalt des christlichen Zentrums, dessen ungeheurer geistiger und sittlicher Gehalt und die Lehre von der Bedeutung der menschlichen Seele das Tor des sozialen Fortschritts erst aufgestoßen hat. Erfreulich ist, daß so viel hervorragende Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche in Vergangenheit und Gegenwart mitarbeiten. Nebener erwähnt das Wort des bekannten Professors Brauer: Die Gewerkschaften sind der natürliche Feind des Pessimismus. Nur aus dem Glauben kommt die Kraft zur Überwindung der Schwierigkeiten.

In seinen Begrüßungsworten betonte

Mjgr. Walterbach,

der an Stelle des erkrankten Prälaten Dr. Müller sprach, mit deutlicher Anspielung auf die Auseinandersetzung in der letzten Zeit:

Zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Arbeitervereinen herrschten wohl Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Fragen, aber Uebereinstimmung in den grundsätzlichen Dingen. Erforderlich sei, daß der Mensch wieder vor die Dividende gesetzt werde.

Außerdem sprachen noch

Generalpräses Hürth für die katholischen Gesellenvereine, Abg. D. Munin für Stoeders christlich-sozialen Bund und Abg. Hein für die evangelischen Arbeitervereine.

Ferner wurden Begrüßungsaussprachen für die Arbeitsgemeinschaft deutscher Frauenvereine, den Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten sowie den Reichsverband deutscher Konsumvereine gehalten. Den Reigen der Begrüßungsreden schloß Prälat Dr. Pieper, der Grüße vom Volksvereinshaus überbrachte und gelobte, alte gute Bekanntschaft und Freundschaft aufrechtzuerhalten.

Zum Vorsitzenden der Tagung wurde Stegerwald gewählt. Stellvertreter wurden die Kollegen Behrens, Wieber und Kurlschheid. Dann wurde in die sachlichen Verhandlungen eingetreten.

Generalsekretär Kollege Otto

erstattete den

Geschäftsbericht

Für diejenigen, die sich in den Nachkriegsjahren mit offenen Augen im Gewerkschaftsleben umgesehen haben, bedeutet die Tatsache, daß die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften sich gelichtet haben, keine Ueberraschung. Im Jahre 1925 war jedoch die rückläufige Bewegung bereits überwunden, und es macht sich in vielen Verbänden wieder eine Aufwärtsentwicklung bemerkbar. Die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften hat sich gegenüber der Vorkriegszeit mehr als verdoppelt. Teile der dem DGB angeschlossenen Beamten und Angestellten, die jetzt diesen Gliederungen zugezählt werden, wurden früher den christlichen Gewerkschaften zugerechnet. Eine Schlussfolgerung aber über die innere Schwächung der Gewerkschaften, wie sie insbesondere auch die „wirtschaftsfriedliche“ Gruppe der Arbeiterschaft ziehen möchte, ist unangebracht. Der Teil der Arbeiterschaft, der von wirklichem Standesbewußtsein erfüllt ist, ist auch heute noch der entscheidende Kern der Gewerkschaften. Diese gesunde Keimzelle lehnt jede Gemeinschaft mit den sogenannten „gelben“ Organisationen ab. Sie können nicht als Gewerkschaften anerkannt werden. Die Wirtschaftsfriedlichen fordern Vertreter in öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Diese Forderung ist abzulehnen, weil die Unternehmer ohnehin stark genug vertreten sind und einer Unterstützung durch die Wirtschaftsfriedlichen nicht bedürfen.

Die christlichen Gewerkschaften bekennen sich zu einem

gesunden Berufsgedanken.

Auseinandersetzungen über Berufs- oder Industrieverbände sind deshalb für uns weniger programmatischer bzw. grundsätzlicher Art. Die Frage der beruflichen und sachlichen Schulung ist für die Gewerkschaftsbewegung außerordentlich wichtig, müssen wir uns doch den Weltmarkt zu einem guten Teil durch Leistung von Qualitätsarbeit wieder zurückerobern. Unsere Betriebsräte sind, soweit sie unseren christlichen Gewerkschaften angehören, ihrer Aufgabe gerecht geworden.

Nach Beendigung der Inflationszeit haben sowohl der Gesamtverband als auch die in dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände

Ihre Organisation und Verbändeinrichtungen innerlich mehr ausgebaut. Die Verbandsorgane wurden hinsichtlich der Zeitfolge des Erscheinens und des Umfangs wieder auf den Vorkriegsstand gebracht. Das Ausmaß wurde ausgebaut und ebenfalls die während der Inflationszeit meist abgebauten Unterstellungen wieder neu eingeführt. In der „Kölnischen Zeitung“ fand zu lesen, daß der Haushalt der christlichen Gewerkschaften nicht einmal eine halbe Million betrage. Hier hat der Berichterstatter übersehen, daß es sich nur um den Kasseebericht der Hauptverwaltung des Gesamtverbandes handelt. Die Einnahmen der Hauptverwaltung machen noch nicht 1 Prozent der Gesamtbewegung aus. Daraus ergibt man den großen Irrtum des Berichterstatters.

Der Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften hat sich damals nicht zuletzt in Erkenntnis der Schwierigkeiten, die sich für eine auf christlich-nationaler Grundlage stehende und parteipolitisch neutrale Gewerkschaftsbewegung aus der veränderten politischen Lage, bei einem für das parlamentarische System noch nicht reifen Volk ergeben können, befaßt. Tatsächlich ist es ein Zeichen innerer Kraft und Stärke, daß es in den verflochtenen Jahren gelang, die Einheit der christlichen Gewerkschaftsbewegung durch alle parteipolitischen Stürme hindurchzusetzen. Verhindert werden muß, daß politische oder vaterländische Organisationen auf das gewerkschaftliche Gebiet überzugreifen suchen. Hier handelt es sich um einen gewerkschaftlichen Dilettantismus, der nur zu einem Hinabgleiten nach links führt.

Ueber das Verhältnis des Zentralverbandes der Landarbeiter zu den übrigen Verbänden und zum Gesamtverband ebenfalls einige Bemerkungen: Es ist in den letzten Jahren nicht überall in entsprechendem Maße berücksichtigt worden, daß ein Landarbeiterverband unter anderen Voraussetzungen arbeiten muß als die meisten übrigen Verbände. Das Arbeitsverhältnis des Landarbeiters ist ein viel persönlicheres und engeres zum Arbeitgeber, als das in der Industrie der Fall ist. Wegen mangelnder Würdigung, insbesondere auch des letzten Umstandes, geleitet eine Reihe von Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmungen des Zentralverbandes der Landarbeiter so in das Licht kritischer und herabgewürdeter Würdigung, und mit aus dieser Situation heraus ist dann auch der

Fall Behrens-Meyer

zu beurteilen. Das Uebelste an diesem Fall ist aber, daß er in der Öffentlichkeit fast nur unter parteipolitischen Gesichtspunkten gewürdigt und ganz in den parteipolitischen Interessenstreit hineingezogen wurde. In bezug auf den Kollegen Behrens muß gesagt werden, daß es in der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht einreihen darf, daß wir Männer, die mehr als 25 Jahre der Bewegung treu dienen und ihr in schwerer Zeit unschätzbare Dienste leisteten, aus solchen Anlässen oder wegen einer Inkorrektheit, die von Behrens selbst zugegeben wurde, fallen lassen oder ihnen das Vertrauen entziehen. Wenn der Abgeordnete Heilmann im Fernstudienauschuss die Bemerkung machte, daß die Arbeitgebervereinigung die notwendigen Konsequenzen gezogen hätte, die christlichen Gewerkschaften aber nicht, dann müssen wir darauf liegen, daß wir gerade in dem Abgeordneten Heilmann bei allem guten Willen nicht den Hüter der Moral anerkennen können.

In der

Jugendarbeit

wird der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften eine stärkere Arbeitskraft entfalten. Nur ein auf Klarheit der Idee begründeter Idealismus bewahrt vor Verwahrlosung der Weltanschauung, wie es in dem neuauftauchenden Ruf nach den „Einheitsgewerkschaften“ zutage tritt. Mit den konfessionellen Ständes- und Jugendvereinen wollen wir treue Weggenossen in der Zukunft sein wie in vergangenen Jahren. Diese Bundesgenossenschaft soll sich praktisch in gemeinsamer Arbeit miteinander und füreinander äußern. Mit freundlichen theoretischen Bekenntnissen allein ist uns nicht gedient.

Der Essener Kongreß bedeutet auch heute für unsere Bewegung noch viel. Die zur Zeit auf dem Essener Kongreß angeforderte

Tageszeitung „Der Deutsche“

ist heute ein wertvolles Mittel für uns im Kampf um die gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der Arbeitnehmerschaft geworden. Es ist selbstverständlich, daß „Der Deutsche“ bei der parteipolitischen Zusammenziehung der christlichen Gewerkschaftsbewegung und der Deutschen Gewerkschaftsbundes es in der Stellungnahme zu politischen Fragen nicht allen recht machen kann. Auf dem Gebiete der umstrittenen politischen Fragen muß er sich deshalb einer gewissen Zurückhaltung befleißigen und die Fragen aus der engen parteipolitischen Sphäre herausheben.

Die Genossenschaftsbewegung

ist in den Nachkriegsjahren ebenfalls gemacht. Wir müssen und wollen die Genossenschaftsbewegung fördern. Auf eine Einrichtung der christlichen Arbeiterchaft, die ebenfalls in die Zeit nach dem Essener Kongreß fällt, möchte ich noch hinweisen, nämlich: den Zentralwohlfahrtsauschuss der christlichen Arbeiterchaft. Der Zentralwohlfahrtsauschuss ist vor allen Dingen geboren aus dem Gedanken, daß die Arbeiterchaft selbst Liebesdienste tun muß an ihren eigenen Ständesangehörigen. Wir leben gegenwärtig noch in einer schweren Zeit. Trotzdem gab es in der Berichtszeit Jahre, die noch ungleich schwerer auf dem ganzen Volke, vor allem auf der deutschen Arbeiterchaft lasteten. Die christliche Gewerkschaftsbewegung steht innerlich gefestigt da und ist ein bedeutsamer Faktor des deutschen Volkslebens geworden.

An die Ausführungen des Kollegen Otte schloß sich eine lebhafte Diskussion, bei der ganz besonders die Ausführungen des Kollegen Hillebrandt (Saargebiet) ungeteilten Beifall fanden.

An der Geschäftsführung des Verbandes seit dem letzten Kongreß wurde keine Kritik geübt. Der Geschäftsführung wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Damit ist die Tagesordnung für die heutige Versammlung erschöpft. Der Leiter, Kollege W i e b e r, schließt mit Dankesworten an Gäste und Berichterstatter den ersten Verhandlungstag.

Am Abend fand im Freudenbaum eine bedeutende Kundgebung statt. 4000 Gewerkschaftler waren herbeigeeilt, um die Führer und Delegierten zu begrüßen. Der Männergesangsverein „Cäcilia“ gab glänzende Proben seines Könnens. Es sprachen unter lebhaftem Beifall der Versammlung Staatsminister Kollege Hirtfelder, Stadtrat Dr. Kaiser, Prof. Heyde von der Universität Kiel, der Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung der Rheinische-Elbe, Hansch, mit Verbandsvorsitzender Kurtzweil, der die Festrede hielt.

Zweiter Tag

Der zweite Verhandlungstag des 11. Kongresses der christlichen Gewerkschaften wurde mit feierlichen Gottesdiensten eingeleitet. Diese fanden für die evangelischen Teilnehmer des Kongresses um 8 Uhr in der Reinoldikirche, für die katholischen Teilnehmer um 9 Uhr in der Propsteikirche statt.

Um 10.15 Uhr eröffnete in der Kronenburg der Vorsitzende des Kongresses

Ministerpräsident a. D. Stegerwald

die Kundgebung, begrüßte die zahlreichen Gäste und wies auf Sinn und Ziel des Kongresses hin. Als erster der Gäste begrüßte den Kongreß

Oberbürgermeister Dr. Eichhoff.

Aus gar manchem berufenen Munde hören Sie in diesen Tagen kluge, sachverständige und erhebende Worte über Sinn Ziel und Wert der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Sie werden es daher verstehen und billigen, wenn ich es unterlasse, mich gleichfalls in gewerkschaftlichen Gedankenengängen zu bewegen. Ich darf mich darauf beschränken, Ihnen namens der Stadt Dortmund einen herzlichsten Willkommensgruß darzubieten. Dank und Freude erfüllen meine stadtväterliche Seele. Herzlichsten Dank sage ich Ihnen dafür, daß Sie die gute alte Stadt Dortmund zu Ihrem Tagungsort auswählt haben. Ich begleite Ihre Verhandlungen mit dem wärmsten Wunsch für einen guten Erfolg der Tagung. Mit den wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Problemen wollen Sie sich auch auseinandersetzen zum Besten der Ihrer Führung anvertrauten Arbeiterschaft. Man fühlt den tiefen sittlichen Ernst und das ideale Wollen, mit dem Sie Ihre Aufgabe anpacken. Wie ein roter Faden zieht sich durch Ihr Programm das Bekenntnis zum deutschen Volksstaat, zur Volksgemeinschaft. Dem Streben, das Verhältnis der Menschen zueinander zu verbessern, kann jedoch nur Erfolg zuteil werden, wenn es uns gelingt, zu einer vertrauensvollen Gemeinschaftsarbeit und zu einem vernünftigen sozialen Ausgleich zu kommen. Wenn dies Streben doch nur alle guten Deutschen durchglühete, wenn doch endlich der unnatürliche Haß, das krankhafte Mißtrauen schwänden, wenn doch endlich das heiße Schenken, zueinander zu kommen, in erlösende Taten umgesetzt würde, dann würde gar bald die unselbige, verhängnisvolle Zerrissenheit unseres armen Volkes geheilt, und dann würde deutscher Aufstieg nicht nur ein holder Traum sein, sondern beglückende Wirklichkeit. Möge der Dortmunder Kongreß der christlichen Gewerkschaften einen energischen Schritt bedeuten auf dem Wege der Volkserlösung, auf dem Wege zur wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Hebung der Arbeiterschaft. In diesem Sinne nochmals ein herzlichstes Willkommen, ein kräftiges Glückauf!

Sonntag

Hans Leißhe m.

Zechen, Hochöfen und Hütten in lodernem Feuerschein
Donnern sechs Tage Gewitter in den grauen Himmel hinein,
Flammen wie Gottes Zorn in Nächten gelblich und faßl,
Flammen sechs Nächte in frestendem, zuckendem Strahl.

Rauch wühlt wie sturmzerfleichte Seevögel über dem Land,
Schlacken liegen verglimmend wie Wracks am dampfenden Strand.
Sturm heult in tausend Sirenen, schwarz wogt der Dünste Schwall,
Wellen von Menschen branden am feineren Wall.

Sonntag dämmert ganz still. Gewitterbrunst ist verlohnt,
Tausend Wünsche segeln hinaus in blinkendem Boot.
Weit hin über das arme feuerzerfressene Land
Hat die Sehnsucht den blauenden Himmel gespannt.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.

Der Vorbericht Ihres Kongresses spricht die Vermutung aus, es könnte vielleicht auffallen, daß Sie gerade jetzt in den Zeiten größter wirtschaftlicher Not und Depression einen Kongreß veranstalten. Es wird allerdings gleich hinzugefügt, daß trotzdem die Atmosphäre für einen Kongreß vielleicht günstiger und wertvoller ist, als sie es 1920 gelegentlich des Essener Kongresses war. Ich glaube, der Vorbericht trifft damit das Richtige. Wir schreiben und reden seit Kriegsende vom Wiederaufbau. Aber es kann doch nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß die ersten fünf Jahre nach Kriegsende keine Zeiten des Wiederaufbaues waren, sondern eine Zeit fortschreitenden Niederganges bis zum Ruhrkampf. Ein Wiederaufbau konnte erst wieder einsetzen, als wir wieder eine stabilisierte Währung hatten und als die außenpolitische Lage wieder ruhiger geworden war. Die Wiederherstellung, die wir alle wünschen und an der wir alle kräftig mitarbeiten wollen, hat ihre weltliche und kulturelle Seite, hat ihre politische, hat auch ihre wirtschaftliche und soziale Seite. Ihre Bewegung ist ihrer ganzen Struktur nach an allen diesen verschiedenen Zweigen des Wiederaufbaus wesentlich beteiligt. Sie hat in erster Linie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Daß wir da vor großen Umwälzungen stehen, vor einem wirklichen Neubau, scheint mir klar zu sein. Ohne dem wäre eine Gehandlung unserer wirtschaftlichen und staatlichen Verhältnisse überhaupt undenkbar. Eine solche Umstellung birgt natürlich in sich eine Reihe von sozialen Nöten und wirft eine Menge von sozialen Fragen auf, die gerade ihre besondere Aufmerksamkeit erheischen, und darum kommt auch Ihr Kongreß in der Tat jetzt zur rechten Stunde.

Die Probleme waren zahlreich und schwer. Trotzdem freue ich mich, daß Ihre Parole hier im Kongreß und auch draußen im Lande auf den sozialen Optimismus abgestimmt ist. Nicht in dem Sinne, als ob etwa jetzt der Zeitpunkt für irgendeine soziale Reform gekommen sein könnte; im Gegenteil, wir haben auf lange Zeit noch genug zu tun, um die soziale Lage zu sichern, die als etwas Dauerndes dem deutschen Volke und dem deutschen Arbeitnehmer insbesondere geschaffen werden muß.

Aber Sie wollen diese neue Ordnung nicht auf dem Wege und mit Mitteln der Demagogie schaffen, nicht mit Mitteln des Radikalismus, nicht durch ein Nichtsehenwollen dessen, was bereits erreicht ist, und nicht auf dem Wege einseitigen Kritizierens und unbegrenzter Forderungen, Ihre Arbeit baut sich vielmehr auf in organischer Fortentwicklung. Nicht auf die Revolution sind Ihre Gedanken gerichtet, sondern auf eine organische Reform. Ich bege

deshalb die feste Zuversicht, daß Ihre Beratungen von größtem Wert sein werden für Ihre Bewegung nicht bloß, sondern daß sie auch von größtem Belange sein werden für das gesamte deutsche Volk und seinen Wiederaufstieg. Und darum nochmals meine aufrichtigsten und besten Wünsche für Ihre gegenwärtige Tagung.

Oberpräsident Gronowski,

der mehr als ein Vierteljahrhundert in Dortmund gewirkt hat und zu den Gründern und Förderern der christlichen Gewerkschaften gehört, entbot dem Kongreß seinen Willkommensgruß. Diese für mich feierliche Stunde benutze ich gern, um dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften Deutschlands aufrichtig zu danken, daß er zum ersten Male seines Bestehens seinen Kongreß in der Provinz Westfalen tagen läßt. Diesen Dank übertrage ich auch auf das Ortskartell von Dortmund, ohne dessen Vorarbeiten die Tagung nicht möglich gewesen wäre. Seid herzlich willkommen in Westfalen, im Lande der roten Erde! Willkommen allen, die aus allen Provinzen und deutschen Freistaaten hier zusammengelassen sind zur ersten Beratung sozialer und volkswirtschaftlicher Probleme. Willkommen auch den ausländischen Delegierten! Mögen sie sich überzeugen, daß das deutsche Volk lebt, um zu arbeiten und daß dessen Grundgesinnung friedlich und versöhnlich ist. Dieser Kongreß soll aber auch ein Meilenstein und Wegweiser zugleich sein für Ihre Bewegung auf staatsbürgerlichem Gebiete. In dem Bericht des Gesamtverbandes steht u. a. das im Sommer 1921 und 1922 abgegebene politische Glaubensbekenntnis: „Wir wollen wahren die Verfassung und abweisen alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, sie mit Gewalt zu ändern.“ Und an einer anderen Stelle: „Aus sittlichen und staatspolitischen Gründen müssen wir überall auf das entschiedenste jedem Akte der Gewalt gegen Gesetz und Recht entgegenreten. Nur Ordnung und Achtung des verfassungsmäßigen Rechts führt uns aus der Not, in die uns die Gewaltspolitik unserer Gegner immer aufs neue hineinstößt.“

Dieses Bekenntnis gilt auch heute noch und für alle Zukunft! Verfassung, Recht und Gesetz sind die Grundlagen für Ordnung und Fortschritt im Lande. Nur auf dieser Grundlage ist eine Gesundung unseres Volksstaates, aber auch der Wirtschaft möglich!

Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat gemeinsam mit anderen Organisationen dem Volke und Vaterlande in Zeiten größter Not Dienste erwiesen, die der Geschichtsschreiber nach Jahrzehnten gerecht würdigen wird. Kein geräuschvolles Lippenbekenntnis und hohles Patriotikum, sondern stiller Bekenntermut und opfernde Dulder haben Deutschland in seiner Schicksalsstunde gerettet. Westfalen hat einen ehrlichen Anteil an der Rettung deutscher Einheit. Unter den verfassungstreuen Organisationen nenne ich stolz die christlichen Gewerkschaften, die beim Ruhrbruch der Franzosen und Belgier die Zähne aufeinandergebissen, alles Leid standhaft duldeten und nicht wankten in ihrer Treue. So ist der deutsche Gedanke hier Sieger geblieben. In einer solchen Provinz zu tagen, wird für Sie eine Freude sein. Glückauf Ihren Beratungen!

Bischof Kaspar Klein, Paderborn.

Herzlich bin ich Ihrer Einladung gefolgt. Liebe Erinnerungen tauchen in diesem Augenblick in mir auf, Erinnerungen an jene Zeit, da ich als junger Kaplan und Präses eines katholischen Arbeitervereins oft Gelegenheit hatte, im Kreise der Arbeiter zu verweilen und für ihre Hebung tätig sein zu können. Wie oft habe ich meine Stimme erhoben in Arbeiterversammlungen, Seite an Seite mit Herrn Dr. Brauns, dem jetzigen Reichsarbeitsminister, und Herrn Gronowski, dem jetzigen Oberpräsidenten von Westfalen. Damals haben wir nicht ahnen können, daß wir am 18. April 1926 auf dem 11. Kongreß der christlichen Gewerkschaften als Reichsarbeitsminister, als Oberpräsident und als Bischof wieder vereinigt sein würden. Es ist die Aufgabe von Kirche und Staat, für das leibliche und geistige Wohl des Volkes zu arbeiten. Die Umwälzungen des Krieges und der Revolution haben uns vor Aufgaben gestellt, wie sie keine Zeit größer und mächtiger gekannt hat. Es kann niemand leugnen, daß die Kirche in bestmöglichem Sinne an der Lösung dieser großen Aufgaben mit tätig ist. Ich entbiete Ihnen meinen herzlichsten Willkommensgruß im Namen der Kirche. Die gesunde und sieghafte Weiterentwicklung Ihrer Bewegung ist davon abhängig, daß das Wort christlich nicht zu einem leeren Wort wird, sondern daß es Geist und Leben atmet. Christus, der untrügliche Lehrer, von dem alles in der Welt Ziel und Richtung und Leben empfängt, soll die Grundlage sein und bleiben, von der wir ausgehen wollen in unseren Absichten, Entschlüssen und Handlungen. Eine Bewegung, die gegründet ist auf die gottesfremde und stolze Menschenphilosophie ist ein Zerrbild, ein Mißwuchs, es fehlt ihr das stärkste Kultur-element, der zentrale Lebenswille der Religion Jesu Christi. Einer solchen Bewegung kann nicht die reife Frucht der Vollendung zuteil werden. Christus aus der Welt weggeschaffen, heißt die Au-

Was wollen wir

Wir wollen unser gutes Recht, nicht mehr, nicht weniger. Wir wollen, daß die ganze soziale Lage des Arbeiters in bezug auf Lohn, Arbeitszeit, Behandlung, gesundheitlichen und sittlichen Schutz der berechtigten Anforderungen entsprechend gehoben werde.

Man sagt, das Recht bricht sich Bahn — gewiß; aber nur dadurch, daß es an Macht gewinnt. Macht ohne Recht muß sich nur allzuoft gefallen lassen, daß es mit Füßen getreten wird.

Der einzige Weg aber, um etwas zu erreichen, ist die Organisation, der feste Zusammenschluß zu gemeinsamen Streben für die gemeinsame Sache.

Wenn auch jeder zugeben muß, daß in der heutigen Zeit andere Stände nicht auf Rosen gebettet sind, so haben sie immer noch etwas, wohin sie ihr Haupt legen können. Aber Hunderttausende von Arbeitern haben das nicht, und wer von ihnen heute noch etwas besitzt, hat morgen vielleicht nichts mehr. Es handelt sich nicht darum, wie die paar besser bezahlten Arbeiter leben, sondern wie die gering bezahlten Kurzarbeiter oder Erwerbslosen ihr Leben fristen müssen.

Dem Armuten die Hilfe zuerst, ist oberster christlicher Grund-

Franz Wieber.

archie der Strafe proklamieren, heißt das Chaos schaffen. Ich bitte auch bei diesem Kongress wieder laut und feierlich, daß wir festhalten am Christentum und an den christlichen Anschauungen, im Hause und in der Schule, in der Deffentlichkeit und im Staat, im sozialen und wirtschaftlichen Leben. (Lebhafter Beifall.) Seien wir vor allem einig. Einigkeit macht stark, Einigkeit führt zum Siege, Uneinigkeit bringt Niederlage und Schmach. Umfasse Sie alle ein Geist, ein Wille, ein Ziel. Einigkeit muß die Signatur dieser Kongressverhandlungen sein. Wir wollen vor allem eins sein in der Auffassung des Verhältnisses zu den konfessionellen Arbeitervereine. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auch Mitglieder der konfessionellen Arbeitervereine sein sollen und umgekehrt. (Stürmischer Beifall.) Es darf nicht heißen: Christliche Gewerkschaften oder konfessionelle Arbeitervereine, sondern es muß heißen: Christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine. Beide Arme der christlich-nationalen Arbeiterbewegung sind notwendig. Der antichristlichen Arbeiterbewegung muß die christliche Arbeiterbewegung entgegen gestellt werden. Und kommt unsere Solidarität überall zum Durchbruch, dann ist der Sieg auf unserer Seite.

Generalsuperintendent Dr. Zoellner (Münster):

Ich überbringe Ihnen die herzlichsten Grüße und Wünsche unserer evangelischen Kirche. Sie verfolgt Ihre Verhandlungen mit ganz besonderer Freude. Wir kennen die Schicksalsvere der sozialen Entwicklung, des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Persönlichkeit und Maschine. Ueber alle Menschenordnung steht Christus mit seinem heiligen Willen. Unsere Zeit muß vor allem wieder lernen, ehrfürchtig zu stehen zu dem Geseß Gottes. In der Gegenwart brennen so viele Strohhäuser, lassen wir uns nicht täuschen. Es werden die ewigen Sterne immer wieder hervortreten. Wenn wir täglich in die traurigen irdischen Verhältnisse hineinklicken müssen, so wollen wir doch auch wieder emporklicken zu den Sternen. Blick auf die Gasse, schau nach den Sternen! Mit diesem Panier werden wir siegen.

In englischer Sprache brachte darauf

Herr Church (London)

dem Kongress seine Wünsche dar. Kartellsekretär Körner aus Bonn überlegte die Worte des Herrn Church. Herr Körner erklärte, daß Herr Church parlamentarischer Sekretär unter dem Handelsminister Webb im Kabinett der Arbeiterregierung gewesen sei, daß Herr Church zu persönlichen Studienzwecken nach Deutschland gekommen sei, wo er nicht nur versucht habe, die deutsche Gewerkschaftsbewegung genau kennen zu lernen, sondern wo er auch Unklarheiten über die englische Gewerkschaftsbewegung beseitigt habe. „Wir haben“, so sagte er, „in England es niemals verstehen können, daß in Deutschland zwei oder noch mehr getrennte Arbeiterbewegungen nebeneinander hergehen. Sie betonen hier immer ausdrücklich, daß Sie auf dem Boden des Christentums stehen. Ich kann das selbe sagen für die englischen Gewerkschaften, für die englische Arbeiterbewegung, aber es ist dort eine Selbstverständlichkeit, daß man auf dem Boden des Christentums steht und es braucht nicht besonders betont zu werden. Die englische Arbeiterbewegung insgesamt ist durchaus christlich. Ich habe in zahlreichen Versammlungen in westdeutschen Städten versucht, den Leuten klar zu machen, daß der Sozialismus in England etwas anderes bedeutet als in Deutschland. In England hat der Sozialismus absolut nichts gemein mit Marxismus. Das ist der große Unterschied. Ich habe auf meiner Reise gesehen, daß Ihre Bewegung dieselben Ziele verfolgt, wie wir in England es tun. Wir sehen den Feind nicht zunächst im Arbeitgeber, der uns beschäftigt, sondern in dem Finanzkapital. Das internationale Finanzkapital stellt die Macht dar, die es zu bekämpfen gilt. Ich hoffe, daß es mir gelingt, nach meiner Rückkehr nach England dort Verständnis zu wecken für Ihre Bewegung und die idealen Ziele, denen Sie dienen.“

Prorektor der Universität Münster Dr. Grünmacher:

Gestatten Sie, daß ich zunächst darauf hinweise, daß die Universität Münster als erste ein Forschungsinstitut für Gewerkschaftssekretäre eingerichtet hat, das dem Staatswissenschaftlichen Institut angegliedert ist. Es ist notwendig, daß die Geistesarbeiter auch hineinschauen in das Leben der Handarbeiter. Die Kluft zwischen beiden hat sich wieder weiter aufgetan. Es ist unsere Pflicht und unsere Aufgabe, die Kluft zu schließen zum Besten unseres Volkes und Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.) Die Akademiker bedürfen der Kenntnis des Lebens der Arbeiter und der Arbeiterbewegung. Aber alle Kenntnis hilft nichts, diese Kluft zu überbrücken, wenn wir nicht die Liebe haben. Dann bleibt alle Erkenntnis nutzlos. Ich wünsche, daß Sie in diesem Geiste sagen und siegen.

Nach den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Begrüßungen sprach

Stegerwald

über

Die christlichen Gewerkschaften und die Gestaltung des deutschen Volkslebens

Unser größtes Unglück in der Gegenwart ist nicht, daß wir den Krieg verloren haben; weit bedeutsamer ist die Tatsache, daß, als wir nach dem Zusammenbruch in der Welt vereintamt dastanden, die Deutschen unter sich einen unfertigen Staat und die Welt ein innerlich zerrissenes Volk vorgefunden haben. Der Autoritätsbegriff und Autoritätsgebante, der an sich etwas Gutes, Großes und Notwendiges ist, ist in Preußen-Deutschland im Laufe der Jahrhunderte, anstatt durchgeiffigt, entgeiffigt worden. Die Arbeiterschaft stand trotz ihrer Leistung für Volk und Staat neben dem Staat. Der Sozialismus ergriff einen großen Teil der neben dem Staat stehenden Arbeitermassen und trieb sie gegen den Staat. Und nun kam der Zusammenbruch. Ehedem als Wundenbräuel behandelt, wurde jetzt mit einem Male die Arbeiterschaft plötzlich und unvorhergesehen in den Mittelpunkt der großen Geschehnisse gestellt. 1919/20 kamen die besten Köpfe aus dem evangelischen Lager zu mir und sagten: In konfessioneller Hinsicht hat sich seit der Reformation noch nie eine ähnliche Möglichkeit geboten, ein anderes, ein besseres staatsbürgerliches Verhältnis zwischen Protestanten und Katholiken herbeizuführen wie jetzt. Weitere Besprechungen drehten sich um die Frage: Wie kann das deutsche Volk wirklich zu einem einheitlichen Volk zusammengeführt werden? Und in den Jahren 1919/20 habe ich die Tatsache beobachten können: Das größte Unglück der deutschen Arbeiterschaft und des deutschen Volkes ist, daß die Sozialdemokratie nach dem Zusammenbruch

keinen großen Führer aufzuweisen hatte. So wie ich die Dinge heute übersehe, war es ein Fehler, daß man 1919 Ebert zum Reichspräsidenten und nicht zum Reichskanzler gewählt hat.

Der deutschen Arbeiterschaft ist das deutsche Schicksal in die Hände gespielt worden, und sie war nicht reif, um es zu gestalten. Die Gelegenheit ist verpaßt, und es gibt keine andere Möglichkeit, als die Ueberbleibsel von dem, was der deutschen Arbeiterschaft in den letzten Jahren zugefallen ist, zu halten und von dieser Plattform aus in zäher Arbeit aufwärts zu steigen.

Wo stehen wir heute als deutsches Volk und als deutsche Arbeiterschaft in der Welt und wie sieht es in Deutschland aus?

Trotz unseres Elendes sind in dem Zusammenleben des deutschen Volkes aus den Vorgängen des letzten Jahrzehnts noch nicht die notwendigen Folgerungen gezogen worden. Wir haben in starkem Maße die Kräfte verbraucht für den Kampf um die Schuldfrage im Inneren. Daneben haben wir uns auseinandergesetzt um Republik oder Monarchie, um Schwarzweißrot und Schwarzrotgold, um Vaterländische Verbände oder Reichsbanner. Der Streit um die Staatsform war im Hinblick auf Deutschlands Geschichte in den letzten Jahren in starkem Maße eine konfessionelle Frage. Auch die christliche Gewerkschaftsbewegung ist in diese Streitfragen stark hineingezogen worden, was im Hinblick auf die Zusammenfassung verständlich ist. Die Form des Volksstaates, die wir heute haben, ist für das Wohl des Volkes noch nicht das Entscheidende. Wir haben heute erst die Hülle des Volksstaates.

Gleichberechtigung und Gleichwertung der Arbeiter

in Staat und Gesellschaft kann zudem die Gesetzgebung nicht bringen, diese Dinge müssen von der Arbeiterschaft geistig erarbeitet werden.

Erhebung

Christoph Wieprecht.

Ich kühl es immer tiefer alle Tage,
Daß diese Welt des Bleibens doch nicht ist;
Und was an Glitter glimmt aus bunter Sage
Es ist nicht wert, daß man den Kampf vergißt.

Denn er ist unser — heilig ist sein Dröhnen
Und heilig ist die Flamme, die ihn nährt.
Ich grüß' euch, Pieder, die in Kraft ertönen,
Durch die der Funkenblitz des Lebens fährt.

Was ist denn Leben? Schlaf auf seidnen Stühlen,
Betrachtung unserer zartgewölbten Hand?
Laßt uns der Erde Wundermeer durchwühlen,
Denn dort steigt Gott gewaltig an das Land.

In den letzten Jahren bin ich persönlich stark in den politischen Strudel hineingezogen worden. Das ist an sich natürlich. Meine politische und gewerkschaftliche Einstellung in den letzten Jahren läßt sich in drei Sätzen zusammenfassen. Ich wollte:

1. Von Deutschland unter allen Umständen das Chaos, den Bürgerkrieg ferngehalten wissen. Im Verlaufe der letzten Jahre hatte ich häufiger Gelegenheit, mich mit Ausländern, insbesondere mit Engländern, auszuspochen. Diese sagten mir mehrfach: Sie werden in England besser verstanden, wie von ihrem eigenen Volk. Solange die Herren, Ebert Reichspräsident ist, die Sozialdemokratie mit Verantwortung an den Preussischen Staat gebunden ist, solange in Deutschland eine starke Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung besteht, die etwas zu verlieren hat, bestand keine ernsthafte Gefahr, daß etwa von links eine neue Staatsumwälzung zu befürchten war, wie es überhaupt so gut wie nie da war, daß zwei Staatsumwälzungen hintereinander von ein und derselben Stochrichtung genommen sind. Es war immer so, daß Staatsumwälzungen, die von links kamen, Gegenstücke von rechts zur Folge hatten und umgekehrt. Die größten Gefahren für das Chaos, für den Bürgerkrieg, bestanden in den letzten Jahren nicht von links, sondern für rechts, und diese mußten gebannt werden.

2. Früher hat man die Sozialdemokratie gegen den Staat aufzuwachen lassen. Sollte jetzt, nachdem die Kräfte von rechts so stark waren, man in den gleichen Fehler gegen rechts verfallen? Volkspolitisch denken heißt, alle positiv wollenden Kräfte an den Staat binden.

3. Wollte ich über die politisch unruhigste aller Zeiten die christliche Gewerkschaftsbewegung geschlossen hinübergerettet wissen. In der Vorkriegszeit war die ganze Atmosphäre gegen uns, und heute steht fest: An der Verhinderung des restlosen Chaos in Deutschland entfällt auf die christlichen Gewerkschaften ein größeres Verdienst als auf die meisten politischen Parteien. Heute kann nachgewiesen werden, daß ohne christliche Arbeiterbewegung in der Weimarer Nationalversammlung die Sozialdemokratie die Mehrheit bekommen haben würde, und eine sozialdemokratische Mehrheit in der Nationalversammlung wäre von der äußersten Linken so stark bedrängt worden, und hätte damals von sich aus bestimmt nicht die Kraft aufgebracht, um russische Zustände von Deutschland fernzuhalten. Wir haben in Deutschland eine selbständige christliche Arbeiterbewegung, nicht zum Schaden für Volk, Staat und Christentum. Und diese Bewegung wird nicht zerfallen, diese Bewegung steht nicht am Ende, sie steht vielmehr nach den neuzeitlichen Verhältnissen und im Hinblick auf die in Deutschland herrschende Klein-geisterei am Anfange ihrer großen historischen Mission für Christentum, Arbeiterschaft, Volk und Staat.

Im Hinblick auf

die Aufgaben,

vor denen die deutsche Arbeiterschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten steht, haben wir von folgenden Aufgaben auszugehen:

1. Die Arbeiterschaft stellt die jüngste Schicht im Volks-, Gesellschafts- und Staatsorganismus dar.

2. Es liegt die absolute Notwendigkeit vor, daß das deutsche Volk im ganzen den Weg zur nationalen Volkseinheit und zum Staat findet.

Der Platz der Arbeiterschaft im Staats- und Gesellschaftsorganismus ist noch umstritten. Der Weg zur nationalen Volkseinheit und zum Staate ist für viele, insbesondere auch für die sozialistische Arbeiterschaft, noch unebelst, und zwar einmal durch die internationale Klassenideologie, in deren Vorstellungswelt sie aufgewachsen ist; dann durch die materialistisch-mechanistische Auffassung. Schließlich ist der Weg zu Volk und Staat den sozialistischen Massen auch dadurch unebelst, daß sie Staat und Arbeiterschaft in erster Linie als Verteilungsorganismen ansehen, an die die Arbeiterschaft nur Forderungen zu stellen habe. Mit dieser Einstellung wird der Arbeiterschaft, der jüngsten Gesellschaftsschicht, niemals die Führung in Staat und Volk zufallen. Der Staat ist eben kein bloßer materieller Zweckverwand, wie Freilich v. Stein sagt. Die Volksseele, ihre geistige und sittliche Kraft, ist Inhalt

des Staates. Zu dieser Staatsauffassung, zu diesem Staatsinhalt hat die Sozialdemokratie sich noch nicht durchzurängen vermocht. Auf der anderen Seite ist das deutsche Bürgerium im ganzen, von Ausnahmen abgesehen, ebenso materialistisch und egoistisch eingestellt, wie die Sozialdemokratie materialistisch-egoistisch eingestellt ist. Die christliche Arbeiterschaft steht zwischen den vom kapitalistischen Geist einerseits und den von der sozialistischen Idee andererseits beherrschten Volksgruppen.

Aus dieser Einstellung heraus

sehen wir vor zwei großen Aufgaben.

Wir müssen 1. zu einer universellen Denkwiese emporwachen, an Stelle der engen Betrachtung der Dinge, und 2. zu einer positiven Einstellung zu allen gesunden Lebensäußerungen kommen, die das Volk vorwärts und aufwärts zu bringen geeignet ist.

- 1. Deutschland braucht eine leistungsfähige Landwirtschaft.
- 2. Deutschland braucht Belebung des Innenmarktes und zur Herstellung von Qualitätsware eine gutbezahlte Arbeiterschaft.
- 3. Deutschland braucht ein von Grund auf anderes Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Zum universellen und politischen Denken gehört auch, daß wir uns frei zu machen haben von einer engen parteipolitischen Betrachtungsweise. Wir haben uns ohne Rücksicht auf die Staatsform positiv einzustellen zum Staat. Man kann grundsätzlich Monarchist und trotzdem ein guter Diener der Republik sein. Den besten Beweis dafür liefert der gegenwärtige Reichspräsident von Hindenburg. Meine persönliche Einstellung zur Frage der Staatsform ist seit Jahren unverändert die folgende:

- 1. Als Ausgangspunkt für den Wiederaufbau kann im Hinblick auf Deutschlands Gesamtlage in der Welt und in Europa nur die gegenwärtige Staatsform, die Republik, in Frage kommen.
- 2. Die Gesühle derjenigen, die glauben, vom Alten sich nicht trennen zu können, sind weitgehend zu schonen.
- 3. Alle Bestrebungen, die auf dem Wege der Gewalt glauben, eine Veränderung der Staatsform herbeizuführen zu sollen, sind mit allen staatlichen Machtmitteln niederzuschlagen.

In der Fahnfrage wäre es m. E. am besten, wenn in absehbarer Zeit ein Kompromiß zustande kommen könnte. Was die vaterländischen Verbände auf der einen und das Reichsbanner auf der anderen Seite anlangt, so streiten hier zum Teil außen- und innenpolitische Auffassungen miteinander. Bei solcher Sachlage kann man, auf die Dauer gesehen, sehr wohl zu der Meinung kommen, daß im ganzen der Schaden, der beiderseitig angerichtet wird, größer ist als der Nutzen für das deutsche Volk. Sobald sich Deutschland äußerlich und innerlich konsolidiert haben wird, werden diese Gründungen von selbst abebben. Inzwischen haben unsere Mitglieder, soweit sie diesen Organisationen angehören, dahin zu wirken, daß diese kein Unheil anrichten. Ueber all diese Dinge hinweg müssen wir die Bestrebungen zur Wiederaufrichtung eines Klassen- und Klassendeutschland ablehnen, und positiv an der Ausgestaltung des Staates mitarbeiten. Wir müssen uns darüber klar sein, daß republikanische Staatsform und gleiches Wahlrecht noch keine ausreichende Sicherheit bieten für die Gestaltung des wahren Volksstaates.

Das 19. Jahrhundert wurde beherrscht vom Bürgertum und vom Kapitalismus; beide haben Großes geleistet. Das 20. Jahrhundert hat aber den Mammonismus und den Egoismus auf die Spitze getrieben. Es hat den Gemeinschaftsgedanken erschlagen. Im 20. Jahrhundert muß der Gemeinschaftsgedanke wieder herausgestellt, müssen die auseinandergerissenen Menschen wieder zu Gemeinschaften zusammengeführt werden in Familie, Beruf, Stand, Arbeitsgemeinschaften, Gemeinde, Staat.

Darauf sprach

Jumbusch

über

Die Regelung des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern

Das Problem der rechten Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeitern ist kein vorwiegend technisches, sondern ein geistiges, ein seelisches. Man kommt nicht zur rechten Zusammenarbeit, weil man über gewisse Grundgedanken nicht einig ist.

Ein Haupthindernis ist die materielle Grundeinstellung vieler Unternehmer. In folgerichtiger Auswirkung ihrer grundsätzlichen Auffassung sind sie Anhänger und Vertreter der brutalen Machtgedankens, dem die Macht das Höchste und Entscheidende ist und der sich an sittliche Normen nicht fügt. Diese Kreise werden erst dann zur rechten praktischen Einstellung gegenüber den Arbeitern kommen, wenn sie dazu gezwungen sind oder geschäftliche Gründe es geraten erscheinen lassen.

Ein Hindernis bietet auch die verschiedene Auffassung über den

Zweck der Wirtschaft.

Die Wirtschaft sucht man immer wieder als das Wichtigste, das Höchste, als das eigentliche Ziel hinzustellen. Sie ist aber nur ein Mittel zum Zweck.

Für uns ist die Wirtschaft nicht das Höchste. Der Sinn des Lebens ist uns ein religiöser. Wir sollen uns hier durch rechten Wirken den Himmel verdienen. Die Wirtschaft ist der Menschen wegen da und nicht umgekehrt. Die Wirtschaft soll dem Menschen die Mittel zum Leben liefern und ihm die Erreichung seines ewigen Zieles ermöglichen und erleichtern. Das ist unsere Auffassung.

Die Wirtschaft ist immer wieder bereit, höhere Güter zur Gewinnung wirtschaftlicher zu opfern, bereit, den Menschen mit seinen höheren Zielen für wirtschaftliche Dinge preiszugeben, den Menschen als Mittel für wirtschaftliche Ziele zu erniedrigen. Um Geld zu gewinnen, läßt man Menschen körperlich und geistig zugrunde gehen. Um Geld zu gewinnen, läßt man sie in unwürdigen Wohnungsverhältnissen, die eine menschen- und kulturwürdige Lebensweise unmöglich machen und die Erreichung des ewigen Zieles für viele stark erschweren. Um Geld zu gewinnen, zwang man oft Arbeiterfamilien, die in Wertwohnungen wohnten, auch gegen ihren Willen Kostgänger aufzunehmen und damit die bekannten Gefahren auf sich zu nehmen.

Wir haben uns in unserer Bewegung ja auch vorwiegend wirtschaftliche Ziele gestellt. Aber nicht, weil wir sie für das Höchste ansehen. Wir wollen befriedigende und gute Wirtschaftsverhältnisse und eine befriedigende Stellung der Arbeiter in der Wirtschaft, um die notwendige wirtschaftliche Grundlage zu haben für das Gedeihen der sittlichen Kultur, das Streben der Menschen nach sittlicher Vollkommenheit und nach ihrem ewigen Ziele.

Auch über den Staat gehen die Ansichten recht weit auseinander. Die Unternehmer suchen den Staat oft in falscher kapitalistischer Weise für sich auszunutzen. Der Staat ist ihnen ein Mittel für die Erreichung ihrer wirtschaftlichen Ziele. Er soll die Arbeiter zwangsweise ruhig halten, das Eigentum schützen, die Wirtschaft fördern, der kapitalistischen Produktion die Wege bahnen. Es sei besser, die Menschen zugrunde gehen zu lassen, wie die Wirtschaft. Nie die Substanz angreifen, das ist die Ansicht mancher Vertreter dieser Anschauung.

Wir sähnen den Staat anders ein.

Er ist uns mehr. Die Wirtschaft ist uns ein Mittel, um auch das staatliche Gemeinschaftsleben zu ermöglichen. Im Notfall muß im Interesse des Staates ein Teil der Wirtschaft geopfert werden, nicht umgekehrt der Staat für die Wirtschaft. Die Wirtschaft darf auch nicht die Politik führen. Sie muß sich ihrer unterordnen. Die Notwendigkeit wird jeder einsehen, der im letzten Jahrzehnt nicht mit verbundenen Augen durch die Welt ging.

Auch über das Privateigentum gehen die Ansichten recht weit auseinander. Wir wollen nicht dessen Beseitigung. Wir stimmen aber auch der kapitalistischen Auffassung über das Eigentum nicht zu. Wir können nicht nur Rechte des Eigentums, sondern auch Pflichten. Letztere müssen in den Vordergrund gestellt werden. Das Eigentum ist vom Schöpfer anvertrautes Gut, das gewiss im eigenen Interesse, dann aber auch im Interesse aller Menschen verwandt werden muß. Der Staat muß eventuell die Eigentumsrechte so beschneiden, daß das Eigentum nicht zum Schaden der Gesamtheit mißbraucht werden kann. Besonders notwendig und berechtigt ist das bei den Bodenschätzen. Sie sind Eigentum der Gesamtheit. Sie sind zur Verwaltung und nicht zur Ausbeutung übergeben.

Der Besitz und die Verwaltung der Produktionskräfte unseres Volkes gibt eine große Verantwortung. Die Leiter der Betriebe müssen sich als Verwalter für die Volksgesamtheit fühlen.

Auch im Verkehr mit ihren Arbeitern unterstehen die Unternehmer alles Geistige und Gefühlsmäßige. Weil sie die größte wirtschaftliche Macht haben, halten sie sich für die allein Ausschlaggebenden. Sie glauben, daß sie kommandieren und die anderen willenlos gehorchen müssen. Das Fühlen und Denken der anderen ist ihnen gleichgültig.

Wegen ihrer wirtschaftlichen Macht werden die Unternehmer der Großindustrie leider vielfach überschätzt. Schlimmer ist, daß sie sich selbst stark überschätzen und nur sich und ihre Gedanken für ausschlaggebend halten.

Viele Unternehmer in der Großindustrie haben persönlich keine besondere Bedeutung. Der Betrieb läuft automatisch. Auf technischen Gebieten werden die Erfindungen und Erfahrungen anderer übernommen. Der Markt wird vom Syndikat versorgt. Dem Arbeiter gegenüber liefert der Syndikus die notwendigen Gedanken und Worte. Es wächst der Mensch mit seinen größeren Zielen und Aufgaben. Er wird aber auch kleiner mit der Einschränkung seines Aufgabentanzes. Bei der Anstellung geben vielfach nicht mehr überragender Geist und Leistung den Ausschlag, sondern Verbindungen.

Das ist der Grund des allgemein auffallenden Mangels an Köpfen in der Großindustrie. Dort finden wir vielfach gute Spezialisten, aber sonst Mäße in des Wortes übelster Bedeutung. Nur noch einzelne ragen hervor, stehen über dem Durchschnitt. Die meisten, von denen man nach ihrer Veranlagung über dem Durchschnitt stehende Leistungen erwartete, wurden immer kleiner, gingen nicht vorwärts, sondern zurück.

Das schlimmste ist, daß diese Leute sich für tüchtig, für überragend, für die eigentlich und allein berufenen Führer halten. Sie möchten auf allen Gebieten der Führung sein. Das ist nicht auffallend. Schon ein altes Sprichwort bringt kräftig zum Ausdruck, daß Mangel an Geist in der Regel nicht mit Bescheidenheit gepaart ist. Wenn ein geistig beschränkter, trotz seiner Beschränktheit hoch kommt, wirtschaftliche Macht erlangt, so schreibt er das in der Regel seiner überragenden Tüchtigkeit zu. Er überschätzt sich und verachtet andere. Er ist auch leicht geneigt, die ihm gebene Macht falsch auszunutzen. Es ist ja viel schwerer, gut zu führen, als sich führen zu lassen, viel schwerer zu kommandieren als zu gehorchen.

Auf dem Boden einer falschen grundsätzlichen Einstellung, aus Dummheit und Stolz,

entwickeln sich hochmütige Unterdrückungsinstanzen, die aus Machttrieb den Arbeitern nicht die ihnen zustehende Stellung im Wirtschaftsleben und im Leben überhaupt einräumen wollen.

Ein Hindernis für die Herbeiführung eines guten Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern ist auch die Pflege des Wertgemeinschaftsgedankens in einer Form, daß er sich gegen die Gewerkschaften richtet. Das Bekenntnis zur sozialpolitischen Betriebskollaboration zeigt, daß man teilen und herrschen will. Das Geschrei „Das vom Tarifswang“ zeigt, wohin der Weg gehen soll. Ohne Anerkennung der Gewerkschaften und ohne Tarifgemeinschaft ist eine Arbeitsgemeinschaft nicht möglich. Das falsche kapitalistische Prinzip, das nur an sich denkt, ist eine schlechte Grundlage für ein Zusammenarbeiten.

Bedenklich ist der jetzt von vielen Unternehmern begonnene Kampf um die Seele des Arbeiters. Werkschulen, Lehrwerkstätten mit Unterricht, Werkszeitungen, sodann nationale und gefällige Vereine sollen der geistigen Beeinflussung der Arbeiter dienen. Besonders bemüht man sich um die Jugend. Sie sucht man in erster Linie durch Sport- und nationale Verbände zu fassen. In starkem Maße werden auch Waisenhäuser für diese Bestrebungen eingesetzt. Die Ausfühler dieser Bestrebungen gehen von falschen Voraussetzungen aus. Sie wollen die Arbeiter gegen ihre eigenen Interessen verwenden. Deshalb müssen diese Bestrebungen auch scheitern.

Wie kommen wir nun zum rechten Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern?

Eine vernünftige Ordnung des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern ist nur möglich, wenn beide die rechten Grundzüge und die richtige praktische Einstellung zueinander finden. Notwendig ist ein Geist der ehrlichen, gerechten Einstellung zueinander, ein Geist ehrlicher Zusammenarbeit, der zum gemeinsamen Streben und gemeinsamer Initiative, zur Förderung der Produktion führt. Zur Arbeitsgemeinschaft gehört auch ein inneres Bekenntnis zur Volksgemeinschaft und Gewerksolidarität. Auf beiden Seiten muß das vorhanden sein. Eine Arbeitsgemeinschaft verlangt innerliche Ehrlichkeit zueinander und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Jeder muß vom anderen wissen: Er ist ein anständiger, offener Mensch, der mich nicht hintergeht. Eine hinterhältige, unerliche Bearbeitung der Presse gegen die Arbeiter ist dabei nicht möglich.

Soll das rechte Verhältnis geschaffen werden, dann müssen sich Unternehmer und Arbeiter gegenseitig als notwendig und für die Wirtschaft gleichwertig

achten. Der eine soll in dem anderen den Menschen, den Volksgenossen, den notwendigen unentbehrlichen Mitarbeiter sehen, ihn als solchen achten und behandeln. Der eine ist doch die notwendige Ergänzung zum anderen. Jeder soll sich nicht über, den anderen nicht unterschätzen. Das gilt für beide. Es gibt auch Arbeiter, die glauben, die körperliche, anspruchsvolle Arbeit sei alles.

Der Arbeiter darf den Unternehmer nicht als überflüssigen Ausbeuter ansehen und als solchen grundsätzlich bekämpfen.

Der Unternehmer aber muß eine gute Behandlung der Arbeiter auf dem Boden der Gleichberechtigung als selbstverständlich ansehen. Ehrlich und aufrichtig muß er die Interessensvertretung der Arbeiter, die Gewerkschaften achten, und er darf sie weder direkt noch indirekt bekämpfen. Er muß mit ihnen die notwendigen Verträge abschließen. Die Arbeiter muß er im Betrieb so behandeln, daß sie keinen Betrieb als ihren Betrieb ansehen und gern in ihm und für ihn arbeiten. Das Recht des Arbeiters, seine Interessen im Betriebe zu wahren, muß grundsätzlich und praktisch anerkannt werden. Man muß ihm auch das Recht zuerkennen, in die Betriebswirtschaft hineinzugehen. Dem Arbeiter muß man die Arbeit so angenehm wie möglich machen. Man soll möglichst gute Arbeitsräume schaffen. Notwendig ist auch eine gute Ausstattung mit Maschinen usw., um ohne unnütze Arbeit eine hohe Leistung zu ermöglichen. Dann muß man den Arbeiter am Betriebe und seinem Ergebnis interessieren, muß den Arbeiter mit verantwortlich machen, ihn nicht immer, wie es bisher geschah, als bloße Arbeitskraft ansehen. Auch der Geist des Arbeiters muß sich auswirken können. Anregungen von ihm zur Verbesserung des Betriebes soll man gerne annehmen, ja sie sogar veranlassen. Bei steigenden Ergebnissen des Betriebes sollte man dem Arbeiter gerne einen gerechten Anteil mitgeben. Soweit wie möglich müssen die Arbeiter in Mitbestimmung und Mitverwaltung kommen. Der Arbeiter aber muß in stärkstem Maße am Wohlergehen seines Gewerbes und seines Betriebes interessiert sein und sich mit aller Kraft bemühen, sie zu fördern. Der Betrieb, in dem wir arbeiten, ist nicht etwas uns Feindliches. Es ist unser Betrieb. Wir geben ihm unseren Geist und unsere Kraft. Wir hängen mit unserer Gesundheit, unseren Einnahmen, und damit mit der ganzen Existenz und auch mit der Existenz der Familien von ihm ab. Im eigenen Interesse müssen wir ihn deshalb fördern, gut auszubauen, möglichst rentabel zu gestalten suchen. Je technisch vollkommener, geünder und rentabler der Betrieb ist, um so besser für uns. Unser Interesse ist eigentlich viel größer als das des Unternehmers.

Die Unternehmer müssen auch eine wenigstens menschenwürdige, ja sogar eine hohe Lebenshaltung als unbedingt notwendig selbst vertreten und ganz energisch anstreben. Sie müssen für die Zahlung höherer Löhne sein. Die Löhne müssen nicht als Mittel zum Ausgleich bei allen Schwierigkeiten angesehen werden. Eine hohe Lebenshaltung wird den Arbeiter befähigen, viel zu leisten.

Ein hohes Einkommen der breiten Masse bringt Abjauch und Arbeit.

Ein guter Markt übt einen guten, stabilisierenden Einfluß aus. In Zukunft wird ein guter Markt ausschlaggebender sein wie je. Hohe Löhne sind auch nicht gleichbedeutend mit hohen Produktionskosten. Amcrita hat trotz höchster Löhne einen geringeren Lohnanteil wie wir.

Die Unternehmer müssen auch eine wenigstens menschenwürdige, ja sogar eine hohe Lebenshaltung als unbedingt notwendig selbst vertreten und ganz energisch anstreben. Sie müssen für die Zahlung höherer Löhne sein. Die Löhne müssen nicht als Mittel zum Ausgleich bei allen Schwierigkeiten angesehen werden. Eine hohe Lebenshaltung wird den Arbeiter befähigen, viel zu leisten.

Ein hohes Einkommen der breiten Masse bringt Abjauch und Arbeit.

Ein guter Markt übt einen guten, stabilisierenden Einfluß aus. In Zukunft wird ein guter Markt ausschlaggebender sein wie je. Hohe Löhne sind auch nicht gleichbedeutend mit hohen Produktionskosten. Amcrita hat trotz höchster Löhne einen geringeren Lohnanteil wie wir.

Dein Verbandsorgan

Von Heinrich Lersch.

Es spricht dies Blatt: Ich bin dein Kampf!
Was werden soll und was gewesen,
Was du geschaffst, hier kannst du's lesen;
Der Hammer dröhnt, es zischt der Dampf —
Wenn dein Schaffen sich verlor:
Hier steigt's in Zahl und Schrift hervor.

Werkmann, umhüllt von Lärm und St.,
In Lärm laß ruhen deine Sorgen;
Weißt du dich nur an jedem Mo- en
Der Arbeit, die ganz Deutschlands Gut,
So sei getrost: Ich bin dein Hort,
Am grünen Baum kein Reis verdorrt.

Ganz Deutschland ist ein Leib. Wirkt, wehrt!
Schafft, schirmt des Lebens hohe Güter:
Die Arbeitsbrüder sind die Hüter,
Die rechte Faust, das scharfe Schwert.
Die linke Faust, die baut und schafft.
Der Geist in uns ist Gottes Kraft.

Es spricht dies Blatt: Der Geist in uns
Sei reine Tat! Zeug heilige Flammen
Aus Gott und Welt, dem wir entstammen.
Christus, das Vorbild unsres Tuns,
Wehrt unser Kräfte Schaffen nicht:
Er gab sie uns, die heilige Pflicht!

Man muß den Arbeiter auch nicht einfach kommandieren wollen, wie es früher auf den Kasernenhöfen üblich war. Man muß den Arbeiter überzeugend und durch führungstüchtigen und zweckmäßigen Durchsetzen der Betriebsnotwendigkeiten, unter Berücksichtigung seiner berechtigten Gefühle, führen.

Trotz besten Willens von beiden Seiten werden gewisse Gegensätze bleiben. Beide haben gewiß ein Interesse an dem guten Gang des Gewerbes und des Wertes und an einem guten Ertrag. Um die Verteilung des Ertrages wird es immer Differenzen geben. Selbstverständlich müßten die verbleibenden Gegensätze in einer Form ausgetragen werden, daß die notwendige Zusammenarbeit darunter nicht leidet. Jeder muß grundsätzlich dem anderen das Recht zugestehen, seine Interessen energisch zu vertreten. Die Gesamtsachen sind durch Tarifverträge zu regeln. Notwendig ist dann das Vorhandensein und die beiderseitige offene ehrliche Anerkennung einer Schiedsinstanz bei Streitigkeiten.

Die Herbeiführung des rechten Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern sollte möglichst bald erfolgen. Man kann damit nicht warten, bis auf beiden Seiten alles dafür ist. Man muß damit anfangen, sobald sich auf beiden Seiten eine Anzahl von Leuten findet, die den Mut haben, trotz aller Hindernisse auf dem Wege der Gleichberechtigung die gegenseitige Anerkennung und Gemeinschaftsarbeit zu leisten. Mögen sich auch im Unternehmertum bald die Männer finden, die ohne Hinterhältigkeit und ohne Nebenabsichten sich hierzu bereit finden. Bei uns wird es an einer offenen, ehrlichen Mitarbeit nicht fehlen.

Beide Vorträge fanden stärksten Beifall. Unter Dankesworten schloß der Vorsitzende die Tagung.

Dritter Tag

Nach einigen geschäftlichen Bemerkungen wurde in die Tagesordnung eingetreten. Eine Diskussion über den Vortrag Stegerwalbs fand nicht statt; die Einstimmigkeit, mit der sich der Kongress hinter die Ausführungen Stegerwalbs stellte, war eine bezeichnende Vertrauenskundgebung des gesamten Kongresses für den ersten Führer. Darauf folgte das Referat

Aufgaben der Sozialpolitik

Steuern und Inhalt der zukünftigen Sozialpolitik muß vornehmlich bestimmt sein von der Haltung der Menschenwürde, von dem Gedanken stützig harter Verbundenheit der Volksgenossen untereinander. Die Hilfeleistung des Staates sowohl wie auch der Volksgenossen untereinander muß mehr von diesen stützigen Grundgedanken beherrscht werden. Mehr uns als Anhänger der stützigen Weltanschauung ist diese Schlussfolgerung zu selbst

Unsere Bewegung kann nicht zerfallen werden, sie steht erst am Anfang ihrer großen historischen Mission für Christentum, Arbeiterchaft, Volk und Staat.

Wir müssen zu einer positiven Einstellung zu allen gefunden Lebensäußerungen kommen, die ein Volk vorwärts und aufwärts zu bringen geeignet sind.

Wir haben den Konsolidierungsprozess beendet und wir werden den Beweis erbringen, daß wir so wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft zu kämpfen und zu schlagen wissen.

Stegerwald.

gegeben. Eine gewaltige Erziehungsaufgabe ist notwendig, um für alle Volksschichten die seelische Grundanschauung zur Grundlage aller sozialpolitischen Handlungen zu machen.

Aus der Erkenntnis der gezeichneten Bestimmungsgeschichte der Sozialpolitik heraus muß die staatliche Sozialpolitik ihr Bestreben dahin richten, in verstärktem Maße Sozialpolitik „mit und durch“ die Arbeiterchaft zu betreiben. Dort, wo die Gesetze und Einrichtungen noch stärker die Selbstverantwortung und Selbstverwaltung gewährleisten können, muß es geschehen. Allzu großer Bürokratismus und Formalismus hemmen den seelischen Kontakt, der nötig ist.

In diesem Sinne wollen die praktischen Gegenwartsfragen betrachtet werden. Unsere Sozialversicherung hat angefaßt der großen Zerrüttung, in der sie sich vor zwei Jahren noch befand, eine schnelle Festigung erfahren. Ihren Gegnern gegenüber sei gesagt, daß sie keine Überbahrung des staatlichen Pflichtgebaltens gegen einen Restteil bedeutet, sondern sie ist eine selbstverständliche Staatsleistung aus seinen Aufgaben für das Volk, dem die Arbeiterchaft wie die Beamtenchaft angehört.

Wir erstreben einen weiteren organischen Ausbau der Sozialversicherung.

Das gilt auch im Hinblick auf die Reichs-Knappschaftsreform. Es handelt sich bei ihrer Ausgestaltung im letzten Grunde ja gar nicht darum, einige Auswüchse zu beseitigen. Wo wirklich nicht zu verantwortende Unterschneidungen des Lohnes durch Renten in Einzelfällen Platz griffen, werden die Arbeitgebervertreter die letzten sein, die solche Dinge nicht beseitigen wollen. In Wirklichkeit sollte aber die Knappschaftsversicherung wesentlich rückwärts revidiert werden, ein Beginnen, dem in Anbetracht der schweren und gefährvollen bergmännischen Arbeit unsere Bewegung nicht zustimmen kann. Es würde hier das Gegenteil von organischem Aufbau erstrebt.

Einer Verschmelzung oder einer Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungszweige kann man nicht das Wort reden; man kann es nur insoweit tun, als dadurch keine größere Verbürokratisierung, sondern Vereinfachungen auch nach der verwaltungstechnischen Seite entstehen. Die Frage, ob man die Sozialversicherung nicht durch eine allgemeine Fürsorge, beziehungsweise durch eine allgemeine Staatsbürgerversorgung ablösen sollte, muß als unzulässige und schematische Lösung verneint werden.

In bezug auf die Erwerbslosenfürsorge

haben wir bereits auf der öffentlichen Vertretertagung der christlichen Gewerkschaften Ende 1924 in Köln die Ablösung der Erwerbslosenfürsorge durch eine einen Rechtsanspruch gewährleistende gute Erwerbslosenversicherung verlangt. Zu der Kostendeckung sollte außer den Beiträgen der Beteiligten auch das Reich und die Allgemeinheit herangezogen werden. Die meisten Generalversammlungen unserer Berufsverbände haben sich dieser Forderung angeschlossen. Inzwischen ist auch die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit einem vertraulich sein sollenden Gesetzentwurf hervorgekommen, der geradezu darauf ausgeht, überall dort, wo den Arbeitnehmern Rechte und Freiheiten eingeräumt sind, diese Rechte und Freiheiten zu beseitigen. Demgegenüber sei betont, daß das Bestreben, möglichst eine hungernde Reservearmee zu erhalten, die besonders in Krisenzeiten auf den Arbeitsmarkt drückt und eine Gefahr für die sozialen Errungenschaften bedeutet, uns zum nachdrücklichen und scharfen Gegner haben wird.

Die jetzige Krisenzeit erschwert die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung. Darum fordern wir eine Zwischenlösung, die darin besteht, daß die Unterstützungssätze nach Lohnklassen gestaffelt werden. Die Bemessung der Unterstützungssätze, nach dem Lohn ist das gerechteste.

Wir müssen ferner zu klareren Rechtsverhältnissen und Abgrenzungen der Zuständigkeiten in der Erwerbslosenfürsorge kommen. Zwischen Reich, Ländern und Gemeinden besteht heute vielfach ein Dualismus, der nicht nur ein Nebeneinander, sondern ein Gegeneinander zur Folge hat. Die Leidtragenden dabei sind die Verfallenen. Notwendig haben wir auch eine Beschwerdestelle gegen nicht haltbare Beschlüsse der Verwaltungsausschüsse.

Die vor kurzem erfolgte Regelung der Kurzarbeiterunterstützung

befriedigt durchaus nicht. Die Verordnung über die Kurzarbeiterunterstützung ist mit so viel Erschwerungen verbunden, daß sie beim besten Willen keine Befriedigung auslösen kann. Hinzu kommt die Beschränkung der Unterstützung auf Betriebe, die in der Regel es schwer als zehn Arbeiter beschäftigen. Wir geben durchaus zu, daß es schwierig ist, in dieser Frage eine gerechte Lösung zu finden, können aber die Argumentation nicht anerkennen, daß die Kurzarbeiterunterstützung den Unternehmern Anlaß gäbe, ihre Betriebe noch mehr einzuschränken beziehungsweise stillzulegen. Es muß eine gerechtere Lösung der Kurzarbeiterunterstützung gefunden werden.

Das Arbeitsgerichtsgesetz, dessen Verabschiedung hoffentlich in nicht zu ferner Zeit erfolgen wird, ist arbeitsrechtlich für uns eine sehr bedeutsame Materie. Im großen und ganzen werden wir uns auf den Boden des zuletzt erlassenen Entwurfes stellen können. Wir sind auf der einen Seite weder für eine vollständige Lösung von den ordentlichen Gerichten, noch auf der anderen Seite für eine volle Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte. Ebenso können wir dem von den Rechtsanwältinnen und auch sonst in der Öffentlichkeit geltend gemachten Verlangen nach Zulassung der Rechtsanwältinnen schon in erster Instanz nicht zustimmen. Die Beteiligten sollen, wo es möglich ist, ihre Sache allein austragen.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die Notwendigkeit verwiesen, die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts mehr zu beschleunigen. In dem Arbeitsgerichtsgesetz sehen wir einen Anfang.

Man kann das Tarif- und Schlichtungswesen nicht behandeln, ohne auch

Die Lohnfrage

zu streifen. Die Lohnfrage ist immer der Punkt, bei dem die größten Gegensätze auftauchen. Die Gewerkschaft gegen eine verkürzte Arbeitszeit, gegen das Tarif- und Schlichtungswesen ist zum wesentlichen von dem Verlangen diktiert, in der Lohnfrage freiere Hand nach unten hin zu bekommen. Es wäre wirklich zu wünschen, daß wir endlich einmal, besonders auf Arbeitgeberseite, zu einer großzügigeren Einstellung zur Lohnpolitik kommen. Immer wieder kann man hören, in Anbetracht der Lage der deutschen Wirtschaft muß der Lohn auf einem tiefen Niveau liegen. Oder es wird umgekehrt argumentiert, die Reallohn seien in Deutschland abgehoben von Amerika — so hoch wie im Ausland. Das trifft nun keineswegs zu. Gemäß ist bei einigen Gruppen der Reallohn der Vorkriegszeit erreicht. Dieser Vorkriegslohn, der bei dem

damaligen guten Stand der deutschen Wirtschaft wesentlich höher hätte sein können, ist ein verhältnismäßig schlechter Maßstab. Die Argumentation wäre im Zeitalter der Weltkonkurrenz und des Weltverkehrs eher zu verstehen, wenn das Ausland mit seinen Löhnen in den letzten Jahren bei den Vorkriegslöhnen stehen geblieben wäre. Tatsache aber ist, daß die Löhne in den meisten bedeutenden europäischen Wirtschaftsländern mit stabiler Währung über dem deutschen Lohnniveau liegen, von den Lohnverhältnissen in den Vereinigten Staaten von Amerika gar nicht zu reden. Es ist von Arbeitgeberseite behauptet worden, daß die Argumentation der Arbeitnehmer, gute und angemessene Löhne hätten auch eine Hebung der Kaufkraft auf dem Inlandsmarkt zur Folge, ein gefährliches Schlagwort sei. Dem ist aber nicht so. Es handelt sich hier nicht um ein gefährliches Schlagwort, sondern um eine Tatsache. Mit niedrigen Löhnen und Gehältern wird man weder die Sparsamkeit auf der einen, noch die Kaufkraft und damit die Absatzmöglichkeit auf der anderen Seite heben können.

Heute ist das Streben, vom Tarifvertrag loszukommen, sehr stark, und die mangelhafte Wirtschaftslage wird in unzähligen Fällen zum Anlaß genommen, die Lohnsätze zu kürzen.

Wir stehen, entsprechend unserer grundsätzlichen Einstellung, durchaus auf dem Standpunkt, daß der Staat nur dann in die Befange und Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingreifen soll, wenn die Beteiligten aus eigener Kraft und Verantwortung die Fragen nicht so lösen können, wie es im Interesse des Gesamtwohles notwendig ist. Demzufolge geben wir ohne weiteres zu, daß freiwillige Vereinbarungen und auch Schlichtungsinstanzen, die von den Beteiligten selbst gebildet sind und Entscheidungen fällen, den Vorzug vor den staatlichen Eingriffen verdienen. Immerhin aber kann das staatliche Schlichtungsweesen nicht entbehrt werden.

Auch in bezug auf die Verbindlichkeitserklärung gilt, daß der Staat das Recht haben muß, in das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzugreifen.

Den Auslassungen der Arbeitgeber gegenüber, daß sie nicht Gegner der Tarifverträge sind, daß sie nur den Werkstarif erstreben, haben wir folgendes zu sagen: Wir sind keine grundsätzlichen Gegner des Werkstarifs, d. h. wir vertreten und fördern ihn dort, wo er nach Lage der Verhältnisse zweckmäßig ist. Das trifft aber nur dort zu, wo es sich um große Betriebe handelt und der Betrieb nach seinen ganzen Produktionsverhältnissen eine Art Sonderstellung einnimmt. Wir wenden uns aber gegen den Werkstarif, der von den Arbeitgebern meistens zur prinzipiellen Forderung erhoben wird und der seine Spitze gegen die Gewerkschaften haben soll.

Werksgemeinschaft

gilt dasselbe. Meistens steht hinter dieser Forderung der Wille zur einseitigen Herrschaft im Betriebe durch den Arbeitgeber. Wo es sich aber darum handelt, aus wirklichem Arbeitsgemeinschaftsgeist heraus auf dem Boden gegenseitiger Anerkennung und Gleichberechtigung im Betriebe eine Basis für eine gemeinsame Arbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu finden, — wir nicht nur Anhänger, sondern auch Förderer einer solchen Werksgemeinschaft. Ablehnen müssen wir Werksgemeinschaften, die ohne und gegen die Gewerkschaften gebildet werden.

Unter den am meisten gegenwärtig stark hervortretenden sozialpolitischen Gegenwartsfragen nimmt die Arbeitszeitfrage nicht die letzte Stelle ein. Durch die Verhandlungen der Arbeitsminister von Deutschland, England, Frankreich, Belgien und Italien, die kürzlich im Beisein des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes in London stattfanden, ist die Arbeitszeitfrage in ein neues Stadium gerückt worden. Es darf erwartet werden, daß die Frage der Ratifikation des Washingtoner Arbeitszeitabkommens dadurch auf eine fortschrittliche Bahn gedrängt worden ist. Wir haben uns bereits früher — wenn auch unter bestimmten Vorbehalten — für eine Ratifikation des Washingtoner Arbeitszeitabkommens erklärt, ebenfalls für eine Mitarbeit Deutschlands innerhalb der Internationalen Arbeitsorganisation. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften — das gilt sowohl für uns in Deutschland speziell, wie auch für den Internationalen Bund der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen — muß allerdings innerhalb der Internationalen Arbeitsorganisation eine bessere Würdigung erfahren.

Die sozialen Fragen haben heute in einem viel stärkeren Ausmaße internationale Zusammenhänge und Auswirkungen als früher. Wir haben den schematischen Aktundentag nie vertreten. Es entspricht aber der Billigkeit, wenn notwendige Ueberarbeit auch eine entsprechende höhere Bezahlung erfolgt. Im übrigen kann für uns die Lösung nicht lauten: Mehrarbeit, weil wir Reparationen zu leisten haben, sondern Herabsetzung der Reparationen, wenn letztere zu einer Gefahr auch für die sozialen Belange werden.

Erst Brot, dann Reparationen.

Von Gesichtspunkt unserer weltanschaulich vertieften Auffassung von der Sozialpolitik können wir der Meinung, daß die Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik usw. den Vorrang vor der Sozialpolitik haben müsse, nicht zustimmen. Die Sozialpolitik muß vom Standpunkt der völligen Verbundenheit, des gegenseitigen Einflusses der Menschen untereinander und füreinander, der Liebe, die dem Mitmenschen entgegenzubringen ist, mit die erste Stelle einnehmen. Der Ruf nach Abbau des Reichsarbeitsministeriums, nach Beilegung des preussischen Wohlfahrtsministeriums, der Entschluß, den Baden bereits früher tätigte und den Bayern nunmehr tätigen will: den Abbau der Sozialministerien, haben ihren Ursprung in einer Denkart, die der Sozialpolitik eine Art sekundäre Rolle zubilligt. Weil wir unser Volk und Vaterland lieben, weil wir Frieden und Eintracht nach innen und außen wollen, kämpfen wir für eine Sozialpolitik, die das Gemeinschaftsleben unseres Volkes steigert. Das ist die volkspolitische Aufgabe der Sozialpolitik, da liegt ihre nationale Kraft.

Unsere Aufgabe ist es, in erster Linie an der Tieferrführung der wahren sozialpolitischen Gesinnungsgrundlage zu arbeiten, denn unsere christliche Ideenwelt ist die selbstverständliche Quelle einer Sozialpolitik, die dem Menschen gerecht wird in Form und Inhalt allen Gemeinschaftslebens.

Darauf trat man in die Diskussion ein. Als erster sprach unser

Bezirksleiter Kollege Gengler.

Der Reichsarbeitsminister Brauns hat gestern auf die großen sozialen Erfolge der letzten Jahre hingewiesen und dabei bemerkt, daß diese unter anderen Verhältnissen ein ganz andere Würdigung und Bewertung erfahren würde. Das ist ohne Zweifel richtig. Das gleiche gilt aber auch von der sozialpolitischen Tätigkeit unserer Gesamtbewegung und deren Vertreter. Ich unterstreiche auch das, was gestern gesprochen wurde von der Uebererschätzung des Politischen, wie wir es heute vielfach in den Kreisen unserer Kollegen sehen. Die Arbeiterschaft muß wissen, daß der politische Einfluß der Arbeiterschaft und ihrer Vertreter in erster Linie abhängig von der Stärke und Kraft der Gewerkschaftsbewegung. Der Redner macht dann verschiedene Bemerkungen zu den Ausführungen von

Invalidenversicherung,

der heute eine wesentlich höhere Bedeutung zukame als in der Vorkriegszeit. Die Invalidenversicherung umfaßt heute rund 16 Millionen Versicherte. Ihr Wert und ihre Bedeutung sind in der Nachkriegszeit im Hinblick auf die Notlage der breiten Arbeiterschichten, wie auch die Veränderungen in der Arbeit wesentlich gestiegen.

Ferner darf ich darauf hinweisen, daß besonders das Schicksal unserer alten Arbeiter unsere erhöhte Aufmerksamkeit erfordert. Es ist grauenhaft, ein wie großes Elend für unsere alten Arbeiter entstanden ist oder heraufzuziehen droht. Die vorliegenden Anträge zur Schaffung von Alterspensionskassen sind aus dieser Stimmung des Grauens vor einem unversorgten Alter entstanden. Redner fordert die volle Zuwendung des Ertrages aus den Schutzkassen von 1925 in Höhe von 40 Millionen Mark für die Zwecke der Invalidenversicherung.

Für die Reichsgerichtsbarkeit muß gelten: kein Juristenmonopol, schnelle Behandlung und Erledigung aller Arbeitsstreitigkeiten. Es darf nicht so bleiben, daß Streitigkeiten auf dem Gebiete des Arbeitsrechts monatelang verschleppt werden. Die Partei, die Geld hat und Juristen anstellen kann, hat vor der Arbeiterschaft einen großen Vorteil. Redner macht dann noch verschiedene Bemerkungen zur Konkursordnung und beantragt, daß der Kongreß dafür eintrete, daß in die Konkursordnung alsbald zwingende Bestimmungen über die vorzugweise schnelle Erledigung der Forderungen aus Löhnen und Gehältern aufgenommen werden.

Eine Reihe anderer Diskussionsredner, Kienecker, Fr. Pappenheim, Fabrenbrach, Fr. Sahlberg u. a. brachten eine Anzahl bedeutender Gesichtspunkte noch zu dem Referat Otto.

Gesamtverbandsgeneralsekretär D i t t e hält das Schlusswort zu dem behandelnden Thema. Er geht auf verschiedene Anfragen und Anregungen ein und umgrenzt noch einmal sein am Morgen gehaltenes Referat. Wir dürfen in der Sozialpolitik nicht alles nur vom Staate erwarten, sondern müssen auch die Selbsthilfe tüchtig in Anspruch nehmen.

Arbeit

In fernere Zeit, in fernem Lande
Da hiebt man die Arbeit für eine Schande,
Für ein Geschäft gewöhnlichster Art
Niederer Sklaven aufgespart.
Dergleichen Ansicht spukt noch heute
Bei einer gewissen Sorte Leute,
Die gleich dem Volk der antiken Welt
Die Arbeit für etwas Gemeines hält
Bei einer „Nation der Denker und Dichter“.

Arbeiter sein — wir alle müssen's,
Arbeiter sein — wir alle wissen's,
Daß nur die Arbeit aus Not und Nacht
Das deutsche Volk ans Licht gebracht;
Daß nur ein rastloses Schaffen und Sinnen
Uns eine Zukunft kann gewinnen
Und, daß nur der die Wahrheit sucht,
Der unser Volk bei der Arbeit sucht.

Vorsitzender W i e b e r teilt mit, daß noch eine ganze Reihe Ehrengäste eingetroffen sind, u. a. Prälat Mosterts, der Diözesanpräses der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln, der Diözesanpräses der katholischen Arbeitervereine der Diözese Münster, Dr. Konermann, Pfarrer W e r b e c k als Vorsitzender des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine, u. a.

Dem alten Gewerkschaftskämpfer E f f e r t, der durch einen Unfall verhindert ist, an dem Kongreß teilzunehmen, wird ein Begrüßungstelegramm gesandt.

Es spricht sodann, von Beifall empfangen, Wohlfahrtsminister H i r t s i e f e r (Berlin) über „Das Wohnungs- und Siedlungsweesen“.

Das Wohnungs- und Siedlungsweesen

Die Wohnungsverhältnisse befinden sich zur Zeit in einer Art Uebergangsstadium. Die Wohnungswirtschaft wird, wenn die Neubautätigkeit in dem während des letzten Baujahres beobachteten Tempo anhält, in zunehmendem Maße gelockert werden können, so daß der Uebergang zur freien Wirtschaft auch auf diesem Gebiete bereits abzusehen ist.

Ein solcher Zeitpunkt fordert aber zur Selbstbesinnung auf und rechtfertigt eine sachliche und leidenschaftslose Betrachtung, die in Rückblick und Ausblick Weg und Ziel der Entwicklung abzudecken versucht und daraus ihre Schlüsse für die Zukunft zu ziehen bemüht ist. In der Erfüllung dieser Aufgabe wird es unser Bestreben sein müssen, diese Zukunft besser und glücklicher zu gestalten als die Vergangene, jene so oft uns immer wieder gepriesene Zeit vor dem Kriege, gewesen ist.

Wie waren denn die Wohnungsverhältnisse in der Vorkriegszeit? In Stadt und Land höchst dürftige, jedenfalls durchaus unzureichend befriedigend. Auf dem Lande absolut unzulänglich, in den Städten zusammengepfercht in Mietskasernen, wegen des absoluten Fehlens einer Wohnungserstellung auf dem Lande die Landflucht und das Sachsgängertum. Klein in dem Jahrhundert von 1895 bis 1900 haben 416 preussische Landkreise mehr als eine Million Menschen an die Städte und Industriezentren abgegeben, also rund 200 000 Menschen in jedem Jahr. Ueberfüllte Städte und entvölkerte ländliche Bezirke standen sich gegenüber. Im Jahre 1910 wohnten in den landwirtschaftlichen Bezirken des Ostens auf 1 Quadratkilometer nur 60 Menschen, während in den weßlichen Industriebezirken 145 Menschen auf 1 Quadratkilometer kamen. Der schwerwiegendste Vorwurf, der gegen den Stadtbau der älteren Schule erhoben werden muß, ist, daß es ihm nicht gelungen ist, die wichtigste Aufgabe, die ihm durch das plötzliche Anwachsen der Städte gestellt wurde, die Unterbringung der zuströmenden Bevölkerung und ihre Versorgung mit Wohnungen in befriedigender Weise zu lösen. Das in Deutschland bodenkündige Eigenhaus, das Kleinwohnungsbaus, wurde in der deutschen Stadt so gut wie vollständig verdrängt durch die Mietskasernen mit ihren Seitenflügeln und Hinterhäusern, die die denkbar schlechtesten Hausform für die Anlage von Kleinwohnungen darstellten.

Welchen Grad die Zusammenpferchung der Bevölkerung in diesen Mietskasernen erreicht hat, ergibt sich aus den Befragungsziffern, die in Städten mit vorherrschender Mietskasernenbauung, wie Berlin, Charlottenburg, 77 bzw. 66 Bewohner auf das Grundstück ergaben, dagegen in Städten, in denen das Einfamilienhaus heimisch war, z. B. in Bremen, nur 8 Bewohner auf ein Grundstück. Dieses enge Zusammenwohnen mußte natürlich die verderblichsten

Folgen in gesundheitlicher, sittlicher, kultureller und nationaler Hinsicht mit sich bringen. Dafür hatte Deutschland den Ruhm, das flätsche Land der Mietskasernen genannt zu werden. Nicht zuletzt wurde auch jene tiefgreifende soziale Unzufriedenheit in die breiten Schichten unserer Bevölkerung durch mangelhafte Wohnungsverhältnisse hineingetragen und gefördert. Man hat sich damals bemüht, die schwersten Mißstände durch Maßnahmen der Sozialfürsorge zu lindern. Man darf aber fragen, ob die Methoden unserer vielgerühmten Sozialpolitik richtig waren, wenn Millionenbeträge auf die Heilung von Schäden angewendet wurden, ohne den Quellen des Übels nachzugehen und sie zu beseitigen, wie sie vor allem auch auf dem Gebiete des Wohnungsweesen zu finden waren. Vor dem Kriege versuchte man durch Generalbebauungspläne, durch die Baugenossenschaften, die Gartenstadtbewegung, an das Problem heranzukommen mit immerhin schon erfreulichen Erfolgen. Dann kam der Krieg mit all seinen Folgen und einem Daniederliegen des Wohnungsbaues, das für den Wohnungsmarkt verhängnisvoll werden mußte. Während des Krieges gingen zunächst einzelne Generalkommandos dazu über, die ersten Miets-einigungsämter ins Leben zu rufen. In Preußen wurde eine Zentralfstelle für das Wohnungsweesen im Mai 1918 durch Einsetzung eines Staatskommissars für das Wohnungsweesen ins Leben gerufen, dessen Aufgaben später auf das Wohlfahrtsministerium übergingen. Nach dem Kriege war es die erste und eigentliche Aufgabe der staatlichen Wohnungsfürsorge, die daniederliegende Bautätigkeit wieder zu beleben. Kein anderes Gebiet der Güterproduktion hatte durch den Krieg und die Kriegsfolgen eine so schwere Erschütterung erfahren wie die Wohnungswirtschaft. Dazu kam der Mangel an Baustoffen, der Mangel an Bauarbeitern. Erst mit der Stabilisierung der Währung war es möglich, unsere Wohnungswirtschaft wieder auf geordneten Grundlagen aufzubauen. Diese neuen Grundlagen müßte ich in knappen Umrissen schildern.

Es ist zunächst die Beschaffung des Baulandes nötig, und zwar für den Wohnungsbau im Flachbau in größerem Umfange. Im besonderen ist für Kleinhäuser mit Gärten geeignetes Bauland zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu stellen. Die bekannte Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot gibt den Bezirkswohnungskommissionen in Preußen die Vollmacht, geeignetes Siedlungsland zu angemessenen Preisen zu beschaffen. Für die Beschaffung des Bodens kommen insbesondere auch noch in Frage die Befugnisse zur Herabsetzung von Bauland und die Bestimmungen des Reichsheimstättengesetzes, ferner die Verordnungen über das Erbbaurecht im Januar 1919. Auf diesem Gebiete fällt auch den Kommunen eine außerordentlich große Aufgabe zu.

Die zweite wichtige Frage für das Bauen ist die Finanzierung. Zunächst die Beschaffung von Zwischenkrediten und die Beschaffung von Realcredit. Insbesondere muß da eine Verbilligung des Realcredit eintreten und vermehrte Möglichkeit zur Beschaffung der ersten Hypotheken überhaupt, wofür ja auch lediglich 200 Millionen Mark von Reichs wegen zur Verfügung gestellt sind. Die Frage der zweiten Hypotheken ist ja durch die sogenannte Hauszinssteuerhypothek insbesondere für den Kleinwohnungsbaus in großem Umfange gewährleistet. Bei Bauvorhaben für minderbemittelte kinderreiche Familien sowie für Kriegsbefähigte kann noch eine Zufahrtshypothek gewährt werden, um die Finanzierung zu erleichtern.

Als Drittes kommt in Frage die Technik der Wohnungserstellung und die planmäßige Verteilung der Wohnungen über das Land, bei der auch sofort die große Frage der Umsiedlung aus den bevölkerten Gebieten in Gebiete mit vorhandener Arbeitsgelegenheit, aber zu geringer Bevölkerung, eine bedeutende Rolle spielt. Dazu kommt die Technik der Plangestaltung, die Aufstellung der Bebauungspläne, die ja eine neue Regelung erfahren sollen durch das in Preußen zur Beratung stehende Städtebaugesetz.

Wesentlich für den Wohnungsbaus ist dann auch die mögliche zweckmäßige Gestaltung der Wohnungsgrundrisse, die mögliche Wohnlichkeit mit einer einfachen Sanitärerstattung des Haushaltes gewährleistet sein muß. Die Frage der Hausform kann von uns nur dahin beantwortet werden, daß in möglichst großem Umfange das Kleinhäuser, die Idealform für den Kleinwohnungsbaus, gefördert werden muß, das in jeder Beziehung dem Mehrfamilienhaus weit überlegen bleibt. Und ich stehe nicht an, mich mit allem Nachdruck auch für die Zukunft die weiträumige Bebauung im Flachbau anzuführen und das Miethaus im wesentlichen nur noch zur Ausfüllung der Baulücken in den Städten zuzulassen.

Eine außerordentlich große Bedeutung auf dem Gebiete des Wohnungsweesen haben insbesondere in der Zeit nach dem Kriege die Baugenossenschaften, die Bauproduktionsgenossenschaften und die provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaften erlangt, deren Förderung auch in Zukunft Aufgabe des Staates bleiben muß. Daneben wird die private Bautätigkeit naturgemäß ihr Feld behaupten und auch eine große Bedeutung für die Erstellung von Wohnungen für die Zukunft behalten. Jedenfalls sind gerade dem Wohnungsbau und der Wohnungsfürsorge im Interesse unseres deutschen Volkes in der Zukunft erhöhte Beachtung zu schenken, und nur in diesem Sinne kann es gelingen, das kommende Geschlecht insbesondere so groß und stark werden zu lassen, wie es unserem deutschen Vaterland mit seinen schweren Zukunftsaufgaben notwendig ist.

Der Redner begründete dann im einzelnen die in der mit dem Wohnungsausschuß des Gesamtverbandes vereinbarten Entschließung enthaltenen Forderungen.

An diesen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich der Vortrag unseres Kollegen

D u b e y (Duisburg)

Ländliches Siedlungsweesen

Im Kampf der Völker um den Lebensraum sind von jeher Siedler die Pioniere gewesen, die in friedlicher Weise durch Kultivierung Land zu erobern suchten und dabei ihre Volkskultur verbreiteten. Deutschland ist altes Siedlungs- und Kolonialland. Weite Strecken sind urbar gemacht und besiedelt worden, so daß Deutschland zu einem starken Bauernvolke heranwachsen konnte. Die Stein-Hardenbergische Gesetzgebung brachte eine großzügige Bauerneuerung, von der leider die nicht spannfähigen Bauern auf Betreiben der Großgrundbesitzer ausgeschlossen wurden. Später wurde sogar das landwirtschaftliche Gemeindeeigentum aufgeteilt, wodurch Zehntausende von Familien ihren Anteil an dem Boden ihres Heimatortes verloren. Als Folge des Uebergewichts des Großgrundbesitzes zeigte sich eine zunehmende Landflucht, die naturgemäß durch die Industrialisierung begünstigt wurde.

Im Jahre 1886 begann eine neue Ära deutscher Siedlungs-tätigkeit in Form der inneren Kolonisation, d. h. planmäßiger Aufteilung landwirtschaftlicher Großbetriebe und ihre Umwandlung in bäuerliche Betriebe. Diese Aufgabe wurde von den staatlichen Ansiedlungskommissionen und später von provinziellen gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften übernommen, welche letztere ein bedeutender Faktor der deutschen Agrarverfassung zu werden begannen.

Trotz aller Siedlungsversuche hat die zunehmende Abwanderung vom Lande nicht verhindert werden können. Am Ende des vergangenen Jahrhunderts wanderten jährlich 200 000 Menschen vom Lande in die Städte und Industriebezirke. Die Abnahme der Landbevölkerung tritt in den östlichen preussischen Provinzen, wo der Großgrundbesitz vorherrschend ist, besonders stark in Erscheinung. Nach den anerkannten Tabellen von Prof. Spring hat von 1871 bis 1905 in den preussischen Landgemeinden und Ortsbezirken eine Bevölkerungsbewegung stattgefunden, die in den östlichen Provinzen in der Mehrzahl der Landkreise eine Abnahme bis 17,5 Prozent zeigt, während im Westen nur in ganz weniger

Landkreise eine geringfügige Abwanderung stattgefunden hat, dafür aber in manchen Landkreisen des Westens eine erhebliche Zunahme, die in den rein industriellen Gebieten 700 Proz. übersteigt. Die Industriegebiete zogen gleichsam als ungeheure Magneten mit ihren riesigen Fangarmen die Bevölkerung und besonders die arbeitenden Schichten an sich heran, wogegen die rein landwirtschaftlichen Gebiete trotz des größeren Geburtenüberschusses an sich doch noch entvölkert wurden. Während wir 1818 18,8 Millionen gleich 75,8 Proz. Landbevölkerung und 6 Millionen gleich 24,2 Proz. Stadtbewölkerung hatten, betrug 1919 die Landbevölkerung 22,6 Millionen gleich 37,5 Proz., dagegen die Stadtbewölkerung 37,6 Millionen gleich 62,5 Prozent. Prozentual hat also die deutsche Landbevölkerung in 100 Jahren um die Hälfte abgenommen. Unglückliche Maßnahmen staatlicher und privater Natur, vor allem arbeitsrechtliche Rückständigkeit des landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisses, ohne daß in der Vorkriegszeit ein starker Zusammenschluß der ländlichen Arbeiterschaft in einer gemessenen Ständesorganisation vorhanden war, die diesen Verhältnissen hätte entgegenwirken können, haben eine so große Vandalenherde herbeigeführt, daß wir ostdeutsche Gebiete haben, die fast eine geringere Bevölkerungsdichte als Rußland aufweisen. Kein Wunder, daß wir vor dem Kriege jährlich zunehmend über 400 000 ausländische Wanderarbeiter beschäftigen mußten; 1925 waren es noch 130 000.

Eine Umsiedlung der deutschen Bevölkerung von den Industriegebieten aufs Land ist absolut notwendig, und zwar zunächst aus ernährungsrechtlichen Gründen. Deutschland gibt jährlich Milliarden für Nahrungsmittelfuhr aus. Ein Drittel der deutschen Einfuhr entfällt auf Nahrungsmittel und fast die Hälfte auf agrarische Produkte überhaupt. Angesichts der Belastung Deutschlands durch Weltkriege Diktat und Dawesgeleihe ist es geradezu zwingend, die Ernährung des deutschen Volkes auf eigenem Boden und aus eigener Arbeit und Kraft als Ziel ins Auge zu fassen, um sich von der Einfuhr fremdländischer Nahrungsmittel möglichst frei zu machen, damit die deutsche Handelsbilanz günstig beeinflusst wird.

Unsere Randgemeinden können auch erheblich mehr Menschen ernähren und ist eine Befriedung des deutschen Ostens auch aus nationalpolitischen Gründen dringend erforderlich. Seitdem wieder ein selbständiger Polenstaat entstanden ist, kann man im polnischen Blätterwald lesen: „Der germanische Maulwurfsbauern Ostpreußen muß zerstört werden“ und politische Abgeordnete und Minister haben ganz unüberblümt die Einverleibung Ostpreußens in das polnische Reich gefordert. Man muß den polnischen Standpunkt durchaus dahin verstehen, daß Ostpreußen der deutsche Pfahl im Gleiße Polens ist, der beseitigt werden muß. Man versucht, die billigen Arbeitskräfte für die ostpreussische Landwirtschaft zu liefern, damit der natürliche Bevölkerungszuwachs über die Grenze getrieben wird. Demgegenüber ergibt sich für uns die Forderung der Erhaltung und Stärkung des deutschen Volkstums. Wenn im Westen der Kampf um die Menschen geht, im Osten geht er um den Boden. Eine dünne Oberschicht vermag dem Drängen kommunistischer Volksmassen nicht standzuhalten, darum muß ein fester Wall von heimattrauen Menschen dort bodenständig gemacht werden.

Mit den Besitzverhältnissen am landwirtschaftlichen Boden des deutschen Ostens ist neben der Abwanderung auch die Auswanderung Millionen Deutscher im vergangenen Jahrhundert verknüpft und auch heute haben die Auswanderungszahlen schon wieder eine bedenkliche Höhe erreicht. Wollen wir vernünftigerweise nicht Menschen, sondern Waren exportieren, dann muß deutschen Menschen Anteil an deutschem Boden gegeben werden. Aber nicht nur die Frage des Bodenbesitzes ist ausschlaggebend für die Befriedung des deutschen Ostens, sondern auch die Wohnungsfrage. Wo soll bei unterdrückten und entrechteten Menschen die Vaterlandsliebe herkommen, wenn sie am vaterländischen Grund und Boden nichts ihr Eigen nennen können und sie kein „Waterhaus“, kein eigenes Heim haben. Der Begriff Waterhaus ist für die breiten arbeitenden Schichten heute nur noch ein bildlicher, kein erlebter mehr, auch der Begriff Waterland darf nicht nur ein geistlich-moralischer sein. Wo der Mensch mit dem Land seiner Väter, dessen Besitz oder Mithesik auf die Nachkommen übergeht, verwachsen ist, da wird auch Vaterlandsliebe fest im Herzen wurzeln.

Nach Beendigung des Weltkrieges hat der Siedlungsgedanke neuen Auftrieb erhalten. Eine planmäßige innere Kolonisation wurde auf geistlicher Grundlage vorbereitet. Der Artikel 155 der Reichsverfassung sowie das Reichsiedlungsgesetz haben hierzu die Grundlage geschaffen. Als Ergebnis der Siedlungsgesetzgebung sind insgesamt von 1919 bis 1923 allein in Preußen rund 10 000 neue landwirtschaftliche Siedlerstellen auf rund 96 000 Hektar Land geschaffen worden, und gleichzeitig im Wege der Anliegersiedlung 92 000 landwirtschaftliche Kleinbetriebe um 97 000 Hektar Land vergrößert. So ansehnenswert dieses Ergebnis ist, befriedigen kann es nicht. Zum Siedeln gehört nämlich nicht nur Land, sondern vor allem auch Geld. Eine privatkapitalistische Initiative hat sich hierfür nicht entwickelt, weil weder Spekulationsgewinne noch hohe Zinsen in Aussicht stehen. Darum muß zum Landankauf die Bereitstellung größerer Reichsmittel als langfristige Kredite zu niedrigem Zinsfuß und die Gewährung von angemessenen Baudarlehen für Siedler gefordert werden.

Schließlich gehören zum Siedeln nicht nur Land und Geld, sondern auch Menschen, und zwar geeignete Siedler, die wir in nachgeborenen Bauernjungen, verdrängten Pächtern, aus den abgetretenen Gebieten vertriebenen Bauern, sowie Landarbeitern haben. Die leichteste Möglichkeit der Siedlung, die mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung durchgeführt werden kann, ist die Anliegersiedlung, d. h. die Hebung landwirtschaftlicher Kleinbetriebe auf die Größe einer selbständigen Lebensgrundlage. Dann kommt die landwirtschaftliche Neusiedlung auf vorhandenem Kulturland in Betracht. Hier wird der normale Weg der des Ankaufs sein, wozu die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften das Vorkaufsrecht haben. Die Enteignung soll nur eine Notmaßnahme sein. Die christlichen Gewerkschaften anerkennen das Privateigentum und sagen, Eigentum, wenn ehrlich erworben, ist nicht Diebstahl, sondern ein anerkanntes Gut, über das man nur als Sachwalter gesetzt ist und für welches man einst Rechenschaft abzulegen hat. Infolgedessen muß die gesetzliche Enteignung da einzutreten, wo der Besitzer mit dem ihm anerkannten Gute schlecht gewirtschaftet hat. Als Entschädigung ist ein angemessener und gerechter Preis zu gewähren, für welchen als Grundlage der Bodenvertragswert gelten muß, wie er vom Eigentümer auch bei der Steuerveranlagung selbst einzuschätzen ist.

Bei der Aufteilung von Gütern nach der Familienneubildung vom Westen nach dem Osten dürfen nicht gleichzeitig deutsche Landarbeiterfamilien ihrer Existenz beraubt oder gar aus dem Osten vertrieben, sie müssen vielmehr bei Landverteilungen in erster Linie berücksichtigt werden, da der landwirtschaftliche Arbeiter heute einer der geeignetsten Siedler ist. Wohllos beanspruchende Elemente in der Landwirtschaft anzuziehen, würde sowohl für das Ergebnis der Siedlung als auch für den Siedler selbst höchst schädlich sein. Wer vom Lande kommt, aber mittlerweile dem Lande fremd geworden ist, tut gut daran, wenigstens ein Jahr lang Landarbeiter zu werden, da er zur selbständigen Siedlungstätigkeit landwirtschaftliche Kenntnisse braucht.

Neben der Befriedung landwirtschaftlichen Kulturbodens ist die Urbarmachung aller dazu geeigneten Deutlandsflächen eine der dringendsten Aufgaben deutscher Innenkolonisation. Daher ist der dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung zuzubegrüßen, wodurch landwirtschaftliche Bodenverbesserung, Siedlung auf dem verbesserten Boden und die Anfassung von Landarbeitern gefördert werden soll. Auch im Rahmen der Erwerbslosenfürsorge sollte die Kultivierung bisheriger Deutlandsbetriebe werden, damit durch die Opfer unserer gegenwärtigen Wirtschaftskrise der Lebensspielraum des deutschen Volkes verbreitert wird.

Eine weitere wichtige Siedlungsmöglichkeit stellt die Ansetzung von Landarbeitern dar, die vorwiegend eine Landarbeiterwohlfahrtsfrage ist. Der Reichsarbeitsminister sagt dazu in einem Gesetz: „Das unerträgliche Mißverhältnis, daß hunderttausende Deutsche in ihrem Vaterlande erwerbslos und dabei Ausländer in großer Zahl als ländliche Saisonarbeiter in unserem Lande Arbeit und Verdienst finden, kann nur dadurch beseitigt werden, daß gesundheitlich und kulturell für deutsche Landarbeiter geeignete Wohnungen auf dem Lande geschaffen werden.“

Zum Zwecke der Förderung der Seßhaftigkeit unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung ist ebenfalls die Umwandlung der bisher immer kurzfristig verlängerten Pachtverträge in die Schaffung eines neuen Pachtrechts erforderlich, wodurch das Pachtverhältnis ebenso, wie es beim gewerblichen Arbeitsverhältnis erstrebt wird, aus einem einseitigen Machtverhältnis zu einem paritätischen Rechtsverhältnis gestaltet wird.

Nach der Arbeit

Wenn wir des Tages Lasten
Und Sorgen abgebußt —
Komm, Freund, wir wollen wandern.
Dio uns das Schöne grüßt.

Das Korn im weiten Felde,
Es wagt und rauscht und rollt, —
Und Falter und Vögel, darüber
Das blinkende Sonnengold.

Wir sehn in all die Freude
Mit kindertrohem Blick,
Hän: auch in unsern Haaren
Der Staub aus der Fabrik.

Neben der entschiedenen Durchführung des Reichsiedlungsgesetzes ist auch eine solche des Reichsheimstättengesetzes erforderlich, wobei neben Wohnheimstätten auch Wirtschaftsheimstätten stärker zu fördern sind. Das Wort Hindenburgs von 1917 müßte beherzigt werden: „Das Vaterland soll jedem, der von ehrlicher Arbeit leben will, dazu helfen, ein vor Wüstenhänden geschütztes Heim zu gewinnen, in dem deutsches Familienleben und der Aufwuchs an Leib und Seele gelinder Rinder möglich ist.“

Zu fördern ist die Vorlage eines Bodenreformgesetzes, wie es vom ständigen Beirat für Heimstättenwesen im Reichsarbeitsministerium unter Vorherrschaft des verdienten Vorkämpfers der Bodenreformbewegung Dr. Adolf Damauske ausgearbeitet worden ist. Danach sind die Gemeinden zu verpflichten, zur Erschließung deutscher Familienheimstätten eine entsprechende Bodenverratswirtschaft zu betreiben.

Aus nationalen, christlich-ethischen, sozialen, wirtschaftlichen, ernährungs- und bevölkerungspolitischen Gründen kommen wir zur Gesamtforderung verstärkter Siedlung und Kolonisation, verbunden mit einer besseren Verteilung an Grund und Boden.

Nach diesen mit größtem Beifall aufgenommenen Referaten setzte eine lebhafteste Diskussion ein, an der sich die Kollegen Tremmel, Wehrens, Hecke, Wiedeberg u. a. beteiligten.

Vierter Tag

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Kollegen Stegerwald ergriff das Wort der Sekretär des Gesamtverbandes

Waltrusch (Berlin),
über

Lage und Aufgaben der deutschen Wirtschaft

Die Wirtschaftskrise, mit deren Eintritt man eigentlich nach der Währungsstabilisierung gerechnet hatte, sei durch schnelle Geldvermehrung und Hereinnahme starker Auslandskredite um ca. 1 1/2 Jahr verschoben worden. Bis zum Dezember vorigen Jahres hatten wir noch keine ersichtliche Arbeitslosenziffer. Erst der Dezember und die ersten Monate dieses Jahres brachten eine Steigerung der Arbeitslosenziffer auf über 2 Millionen. Die Zahlen der Konkurrenz und Geschäftsaussichten liegen in dieser Zeit sehr hart an, die Neugründungen dagegen gingen zurück. Die Konkurrenz ziffern des März lagen nach den amtlichen Feststellungen aber bereits um 15,3 Proz. unter denen des Februar und 13,3 Proz. unter denen des Januar. Auch die sog. Geschäftsaussichten gingen um 13,6 bzw. 13,4 Proz. zurück. Ebenso haben die Ziffern der Arbeitslosen etwas nachgelassen. Es wäre jedoch im Augenblick etwas verfehlt, daraus den Schluß auf eine stärkere Aufwärtsbewegung der Wirtschaft schon jetzt zu ziehen, denn der Anteil der Beschäftigten in den Betrieben mit schlechtem Geschäftsgang, der im Februar 76 Proz. betrug, ist leider nicht zurückgegangen. Im Maschinenbau hat sich der Anteil der schlecht beschafften Betriebe sogar noch von 87 auf 91 Proz. erhöht. Der Absatz an Rohle ist weiter rückläufig. In der Metallindustrie ist

teilweise eine leichte Besserung

eingetreten. Ebenso macht sich eine leichte Besserung bei einer Reihe von kleineren Wirtschaftszweigen bemerkbar. Die Kaufkraft hat sich dem Vormonat gegenüber ein wenig gehoben. Es sei besonders bedauerlich, daß in diesem Schlüsselgewerbe noch immer kein stärkerer Aufschwung trotz günstiger Witterung zu verzeichnen ist. Der Absatz an Ralt konnte bedeutend gesteigert werden. Die Wagnereinstellung der Reichsbahn wies ebenfalls eine Steigerung auf. Bei der Landwirtschaft würde sich der höhere Beschäftigungsgrad naturgemäß immer spürbarer zeigen. Es sei wahrscheinlich, daß sich manche guten Anzeichen auch rückwirkend auf andere Wirtschaftszweige bemerkbar machen und deren Krise nun stillstand bringen helfen. Die Erfahrung lehrt, daß bei Umstellung in der Technik und in der Organisation, wie sie jetzt z. B. in der Luftfahrt, immer mehr Arbeitskräfte gebraucht werden und, als vorher in der Produktion fanden. Wir würden nichtsdestoweniger unter Umständen doch mit einer längeren Arbeitslosigkeit als vor Jahresfrist zu rechnen haben.

In früheren Zeiten konnte man den Verlauf einer Konjunktur mit ziemlicher Sicherheit an der

Preiskurve

feststellen. Das könne man jetzt nicht, wir sehen noch vielfach auf viel zu hohen Preisen. Man suche sich diese durch Syndikate, Kartelle, Preisconventionen und Ringe zu sichern. Eine besonders üble Erscheinung seien die stark auftretenden Submissionskartelle, die sich heimlich ab hoc bilden, die Konkurrenz bei Ausschreibungen ausschalten und preistreibend wirken. Die christlichen Gewerkschaften hielten im Allgemeinen von einer staatlichen Zwangswirtschaft nicht viel. Sie sähen den Staat auch nicht als besonders geeigneten Träger der Wirtschaft an. Mit einer privaten Zwangswirtschaft, die die Konkurrenz im Wirtschaftsleben immer weiter ausschaltet, könnten sie sich aber auch nicht befremden. Die riesig gestiegene Zahl der Kartelle und Innungen, die sich vielfach mit Preisfestsetzungen befassen, tragen durch die zu hohen Preisnormierungen einen großen Teil Schuld an der Verfestigung der deutschen Wirtschaft. Die Bestrebungen der Syndikate, auch die nächste Wirtschaftskrise, den Handel zu beherrschen und hinsichtlich der Preise und Lieferungsbedingungen bis zum letzten Händler zu binden, müßten bekämpft werden.

Der Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaues

müßte mit den vom Reichswirtschaftsrat vorgelegten zweckmäßigen Vorschlägen endlich dem Reichstag vorgelegt werden. Die Kartellverordnung müßte noch schärfer gefaßt und das Preisstreubreitrecht womöglich mit der Kartellverordnung organisch verbunden werden. Die Staatsanwaltschaft sei nicht das geeignete Organ, wirtschaftliche Fragen zu beurteilen. Das Reich und die Länder müßten in die Lage versetzt werden, die Interessen der Volksgemeinschaft energisch zu wahren, wenn sich inländische Verbände zu starke Machtbefugnisse anmaßen oder gar über den Kopf der öffentlichen Behörden hinweg sich mit ausländischen Interessen zusammenschließen. Die Kartell-Leiter und Kartell-Mitglieder zeigten, wenn sie das gefährliche Gebiet der Preisfestsetzungen betreten, keine weitestgehende Einstellung. Sie richten sich meistens nach den Selbstkosten leistungsstärkerer Mitglieder. Das Markenartikel-Umwelt hätte durch eine ungeheure Reklame einen Umfang in der deutschen Wirtschaft erreicht, der wegen der viel zu hohen Preise zur Ausbeutung breiter Volksschichten führt. Die Großhandelsziffern, besonders die der Frankfurter Zeitung und die der Industrie- und Handelszeitung, zeigten für Industriefabrikate und Fertigfabrikate keine stärkeren Veränderungen. Zwischen den Erzeugerpreisen der Landwirtschaft und den Preisen der landwirtschaftlichen Betriebsmittel, die aus der Industrie kommen, klaffe weiter die bekannte Preisschere. Ebenso sei die Spanne zwischen den Welt- und Fleischpreisen und zwischen den Getreide-, Brot- und Wadwarenpreisen, gemessen an den Spannen der Friedenszeit, geradezu ungeheuerlich. Nach schlimmer stehe es mit den Preisen für Wurst- und geräucherter Fleischwaren, sowie für Rucherfische und Fischkonserven. Die Preise in den Restaurants und Kaffees känden ebenfalls in keinem Verhältnis zu den Gehältern und Löhnen der Arbeitnehmer.

Bei der Beurteilung der Frage der Preislenkung und damit im Zusammenhang der

Stärkung der Inlandskraft

und der Export- und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie dürfe man natürlich auch die anderen Faktoren der Leistungserzeugung nicht übersehen. Der Versailles Vertrag habe die natürlichen Grundlagen der Warenherzeugung verschlechtert. Die Dawes-Zahlungen nähmen der deutschen Volkswirtschaft ohne jedes Entgelt eine gewisse Summe Arbeitsenergieaufwand, die sich auf die übrigen lebenden Warenmengen verteilen und dadurch deren Arbeitsaufwandquote erhöhen bzw. verteuern müßten. Mit allen Kräften sei darum der weltwirtschaftliche Austausch anzustreben, um einen gewissen Ausgleich zu verschaffen. Ohne die innere Wirtschaft, besonders die landwirtschaftlichen Interessen, zu vernachlässigen. Die erfreulicherweise fortschreitende Rationalisierung und Vervollkommnung der Betriebe und der Ausbau moderner Verkehrsmittel sei zu fördern, der noch viel zu hohe Zinsfuß müsse weiter gelenkt und die Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen verkleinert werden, die Bankrate der Reichsbank erscheine mit 7 bzw. 8 Proz. zu hoch. Die Frachttarife bei den Eisenbahnen bedürften einer erneuten Überprüfung mit dem Ziel einer Senkung. Die private Fuhrgewerbe halte auch noch an zu hohen Transportpreisen fest. Die Telegramm- und Fernspreckgebühren bei der Reichspost könnten eine weitere Ermäßigung erfahren, die Gerichts-, Anwalts- und Patentgebühren seien ebenfalls zu hoch, sie müßten weit mehr als bisher dem Werte der Objekte angepaßt werden. Die Steuerschöpfung und Erhebung müßte noch mehr vereinfacht werden. Die inneren Ausgaben des Reiches, der Länder und Gemeinden sollte man im wesentlichen durch die Einkommenbesteuerung decken. Die Tarife müßten sozial gestaffelt und gestaffelt werden, um die Schaffung von Neukapital durch die kleinen und kleinsten Sparrer zu erleichtern. Die Zurückhaltung der Sparkassen und Banken hinsichtlich der Vergabe langfristiger Kredite müsse immer mehr schwinden. Der langfristige Kredit der Golddiskontbank für die Landwirtschaft müßte in geeigneter Weise schneller als bisher der Landwirtschaft zugeführt werden. Der Leitung des Kredits in die richtigen Kanäle der wirklich produktiven Wirtschaft sei die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Einen überhandnehmenden Reizens-, Süßfrüchte-, Kilm-, Alkohol- und sonstigen Genussmittel-Import sollte man nicht durch zu leichte Kreditverweigerung der verantwortlichen Stellen fördern. Die großen Differenzen und Unklarheiten, die in den Ziffern der deutschen Wirtschaft beständen, müßten schleunigt durch den vorgelegten Enquete-Ausschuß unterjucht und geklärt werden, um die Enttastung der politischen und wirtschaftlichen Atmosphäre herbeizuführen und die Produktions- und Absatzbedingungen zu verbessern. Das Institut der Konjunkturforschung, die Arbeiten zur Normalisierung und Typisierung in der Industrie, sowie die Aufstellung einer genauen Finanz- und Steuerstatistik seien zu bearbeiten und zu fördern. Die von der Regierung angeforderten direkten und indirekten Maßnahmen zur Milderung der Arbeitslosigkeit müßten aus dem Stadium der Verhandlungen heraus und endlich ganz durchgeführt werden. Der bereits an vielen Stellen begonnene Bohnabbau sei das denkbar schlechteste Mittel, um aus der Krise herauszukommen. Dadurch würde die Belebung und Stärkung des Innenmarktes sicherlich nicht erreicht, da die schon schwache Kaufkraft der breiten Volksschichten dann noch eine weitere Minderung erfahren.

Die Rentabilität der deutschen Wirtschaft

müsse eine ständige Sorge, und zwar von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sein. Denn Unrentabilität und Nichtrentabilität bedeutet allgemeinen Niedergang und oft auch Entlassung der Arbeiter. Ein Ausgleich für unsere schmale Rohstoffbasis und für die langen und schwer abzurufenden Produkte unseres Bodens seien die im Vergleich zum Auslande außerordentlich niedrigen Löhne. Wir müssen einen stärkeren Aufwand an Gedankenarbeit, der in der Qualität der Erzeugnisse und in den Methoden der Herstellung enthalten sein muß, anwenden. Neben der Qualitäts- und Individualarbeit müssen wir typisierte und normalisierte Waren herstellen. Mit der Fachwissenhaftigkeit sei hierbei Hand in Hand zu gehen. Die sozialen und sozialpädagogischen Faktoren sollen mehr von den Unternehmern in den Betrieben beachtet werden. Zweckung und Ziele dürfen auch in den Unternehmervereinigungen eine Erhöhung des Niveaus absolut vertragen können. Regierung oder Bekämpfung der Be-

rechtligten Forderungen der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet könne schließlich nicht das erste und letzte Ziel der Arbeitgebervereinigungen sein. Man müsse den Weg ehrlicher Vereinarbeitung beiderseitig beschreiten. Größte Leistungen aus der Arbeiterenschaft seien nur dann herauszuholen, wenn diese mit ihrer Seele voll und ganz bei der Sache sind.

An dieses Referat schloß sich die Rede von
Fahrenbrach

an über Das Mitbestimmungsrecht und der Mitbesitz der Arbeiter in der Wirtschaft

Die Frage einer gerechten Verteilung des Produktionsertrages ist zwar äußerst wichtig und die Gewerkschaften wenden ihr fortgesetzt größte Aufmerksamkeit zu. Wichtiger noch ist die Aufgabe einer höchstmöglichen Produktionsleistung und Ertragssteigerung. Jede produktive Leistungssteigerung läßt sich auswerten in geringere Verkaufspreise oder höhere Löhne oder auch in beides. Die entscheidende Frage ist deshalb: wie bringen wir die Lohn- und Gehaltsempfänger zur freudigen Anspannung aller Kräfte im Dienste der Produktion, im Dienste ihres eigenen wie des Gesamtmohles. Antwort: indem wir die Arbeitnehmer zu gleichberechtigten, aber auch gleichverantwortlichen Mitarbeitern und auch Mitbesitzern der Wirtschaft machen. Mit der Übernahme amerikanischer Produktionsmethoden allein ist es nicht getan, dieselben müssen und werden verlangen, wenn der Geist gegenseitiger Achtung und Wertung, der Geist des Vertrauens und des Verantwortungsbewußtseins fehlt. Man gebe dem deutschen Arbeiter die Gewähr, daß ihm und seinen Standesgenossen die Früchte seines Fleißes nicht gestohlen werden, daß er gleichberechtigt bei der Leitung der Wirtschaft mitwirken kann, daß seine Leistungen für das Volksganze gebührende Wertung und Anerkennung finden und der deutsche Arbeiter wird bei entsprechenden technischen und organisatorischen Produktionseinrichtungen mindestens die gleiche Leistungsfähigkeit zeigen wie die Arbeiter der Vereinigten Staaten.

Die Mitteleitung

in der Wirtschaft ist den Arbeitnehmern zwar in der Reichsverfassung zugesichert, indem sie berufen sein sollen, „bei der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“, diese Zustimmung ist jedoch bisher noch nicht verwirklicht. Wir erheben deshalb erneut und energisch die Forderung nach einer geordneten Wirtschaftsverteilung der Arbeiterkraft in den öffentlich-rechtlichen Berufskammern sowie in wirtschaftlichen Bezirke-wirtschaftsräten und im endgültigen Reichswirtschaftsrat. Selbst der Reichswirtschaftsminister, Herr Dr. Curtius, hat in seiner Reichstagsrede vom 19. März 1926 dem vorl. Reichswirtschaftsrat die Anerkennung für vorzügliche Leistungen ausgesprochen. Er betonte die Notwendigkeit, daß den Ministern ein Gutachterorgan zur Seite stehen müsse, in welchem die Sachverständigen und Interessenten zu Gehör kommen müßten. Die allgemeine Bedeutung eines solchen Organs liegt darin, daß die in ihm vereinigten Wirtschaftstreife sich genötigt sehen, ihre Privatinteressen mit der Richtung auf das Wohl der Gesamtheit zu begründen und damit von selbst allmählich dazu gelangen, sie in den Rahmen der Volkswirtschaft einzupassen. Nach Zerlegung der Zentralarbeitsgemeinschaft bilde der Reichswirtschaftsrat gewissermaßen den letzten Tisch, an dem sich die beiden zum Ausgleich der Gegensätze und zu gemeinsamer Arbeit an der Wirtschaft zusammenfinden können. Dies auf praktischen Erfahrungen begründete Gutachten wiegt schwerer als die üblichen Kritiken der rheinisch-westfälischen Handelskammern auf ihrer Tagung in Essen.

Der Reichswirtschaftsrat als einzelnes Spitzenorgan genügt jedoch nicht den Bedürfnissen der Wirtschaft. Er muß seine Verantwortung in einem gesunden Unterbau von Berufs-kammern und Bezirkswirtschaftsräten. Ohne solche, den besonderen Bedürfnissen der verschiedenen Wirtschaftsgebiete und Wirtschaftsprüfung anpassenden Organe kommen wir nicht zu der notwendigen Durchdringung und Förderung der Gesamtwirtschaft. Die vorliegenden Gesetzentwürfe über den Reichswirtschaftsrat bilden nur ein höchst unvollkommenes Stückwerk. Erforderlich ist, in großzügiger Weise einen richtiggeleiteten Aufbau der Wirtschaft zu schaffen. Die Gesetzentwürfe geben dem Reichswirtschaftsrat nicht die unbedingt notwendige Selbstverwaltung, Selbstständigkeit und die initiativ Betätigungsmöglichkeit in allen wichtigen Angelegenheiten der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die parlamentarische Zusammenfassung darf nicht erteilt werden durch eine ungebührliche Verstärkung der Abteilung III oder durch Anhängung einer vierten Abteilung von Behördenvertretern. Die deutsche Regierung fordert die Gleichberechtigung und Gleichwertung Deutschlands im Völkerbund. Wir unterstützen diese durchaus berechtigten und selbstverständlichen Forderungen. Selbstverständlicher noch und wichtiger ist die gleichberechtigte und gleichwertige Einbeziehung der Arbeitnehmer in unsere deutsche Wirtschafts- und Volksgemeinschaft. Will man die Arbeitnehmerschaft entsprechend ihrer Bedeutung als Produzent, Massenverbraucher und Träger öffentlicher Lasten berücksichtigen — eine sicher nicht unberechtigte Forderung —, so würde man ihr weit über den Rahmen der formalen Parität hinaus entsprechenden Einfluß einräumen müssen. Eine wirtschaftliche Unternehmenseinrichtung sollte längst aus eigener Initiative heraus Einrichtungen geschaffen, um die positiven Kräfte der Arbeitnehmerschaft nutzbar zu machen zur Förderung der Einzelunternehmungen wie der Gesamtwirtschaft. Freiwillig geschaffene Selbstverwaltungskörper würden ohne Zweifel ganz anders gewertet und eine viel freudigere Hingabe an die große Sache herbeiführen. Die marxistische Klassenkampftheorie wird bestimmt nicht überwunden durch das Herr-im-Haus-spielen rückständiger Unternehmungskreise, wie sich überhaupt keine Ideen und selbst keine Ideologien mit Machtmitteln umbringen lassen.

Der Mitbesitz

Das Ausmaß der Mitteleitung der Wirtschaft wird für die Arbeiter letztlich mitbestimmt vom Maße des Mitbesitzes. Wer das Kapital, insbesondere das Betriebskapital zur Verfügung stellt, dirigiert das Unternehmen. Das Schiff der hochkapitalistischen Wirtschaft wird von der Hochfinanz gesteuert. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die gesellschaftliche Unternehmungsform den Einzelbesitzer immer mehr verdrängt. Sie liegt in Deutschland von 1913 bis 1925 die Zahl der Aktiengesellschaften von 7500 auf 15000, die der G. m. b. H. von 35000 auf 73000. Die Konzentration des Kapitals macht stets weitere Fortschritte, insbesondere durch Bildung und weitere Ausbreitung von Kartellen, Konzernen und Trusts. Der steigende Kapitalbedarf liefert insbesondere unsere kreditstehende deutsche Industriewirtschaft immer mehr der internationalen Hochfinanz aus. Dadurch haben heute schon die ausländischen Geldverleiher auf die Leitung der deutschen Wirtschaft einen weit größeren Einfluß als alle deutschen Arbeiter zusammengenommen. Es ist ein unerträglich und unhaltbarer Zustand, daß die kreditstehende Bank, und zwar auch die ausländische, über die Produktion und den Absatz deutscher Unternehmungen, über die Aufrechterhaltung oder Stilllegung von Betrieben, über Weiterbeschäftigung und Entlassung von Tausenden deutscher Arbeiter und damit über die Existenz der Familien bestimmt. Angesichts dieser Entwicklungstendenzen sollte sich endlich die deutsche Arbeitnehmerschaft der Notwendigkeit und am härtesten betroffenen Volksteil von der Notwendigkeit der Erlangung starker Wirtschaftsmacht überzeugen lassen.

Die Arbeiter müssen zunächst Kapital in die Produktion hineinzubringen suchen. Dies ist trotz der Verarmung unseres Volkes möglich. Die Mittel müssen aufgebracht werden durch hohe Beiträge an die Gewerkschaften sowie durch die Ersparnisse des einzelnen. Im Jahre 1913 waren in den öffentlichen und nichtöffentlichen Sparkassen 20 Milliarden Mk. an Spargeldern vorhanden. Dazu kam das Vermögen der Genossenschaften, welches gleichfalls hauptsächlich von Arbeitern aufgebracht war. Um den Wert dieser gewaltigen Summen und ihre Bedeutung für die Wirtschaft richtig einzuschätzen, sei erwähnt, daß im Jahre 1913 das in Aktien- und Kommanditgesellschaften auf Aktien angelegte Kapital bei 5486 Gesellschaften etwas über 17 Milliarden Mk. betrug. Die von den Arbeitnehmern aufgebracht Spargelder dürften mithin mindestens die gleiche Summe betragen haben, wie das Aktienkapital. Trotz der geringen Löhne zeigen die Sparsparnisse in den letzten Jahren ein starkes Anwachsen. Sie betragen Anfang 1924 bei den Sparkassen nur 100 Millionen Mk., Ende 1925 dagegen schon wieder 1,5 Milliarden Mk.

Die Spargroschen der Arbeiter

gehören jedoch nicht in die öffentlichen Sparinstitute, sondern in die eigenen Banken und Wirtschaftsunternehmungen. Dieser Notwendigkeit wurde bisher nicht genügend Rechnung getragen. Trotzdem verfügte die auf Beschluß des letzten Kongresses der christlichen Gewerkschaften errichtete Deutsche Volksbank Ende März d. J. auf 4570 Sparkonten über einen Bestand von 2327 000 Mk. an Spargeldern. Im Monat März betrug die Einzahlungen 851 000 Mk. die Auszahlungen 213 000 Mk. Die Sparkasse des Deutschen Handlungsgesellschaftenverbandes verfügte am 1. Januar 1924 über einen Einlagebestand von nur 2000 Mk. Dank einer großzügigen Werbetätigkeit unter den Mitgliedern konnte der Bestand bis zum 31. Dezember 1925 auf 6 219 093 Mk. gesteigert werden bei 21 237 Sparkonten. Die dem Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V. angeschlossenen Vereine verfügten Ende 1925 über 8 Millionen Mk. an Spargeldern.

Die Arbeiter sprechen

Rudolph Börsch.

Wir sind es die der Erde Gut zutage tragen,
Wir sind es, die's mit schweren Hämmern schmiegsam schlagen.
Und all die Sachen, die ihr täglich braucht, hat unsre Kraft
Aus eigener Schwere euch zu Mut und Fromm geschafft.
Nach unserm Willen gaben wir die Form den Dingen,
Den ungezählten. Wie nur können sie bezwingen.
Und darum sind wir stolz.

Was ihr da oben in den lichten heitern Tagen
Genießt, ohn' einmal nur: woher? zu fragen,
Das haben wir im schweren Kampf der Erd' entrißen,
Ist unsrer Mähen Frucht. Und wir wissen,
Daß wir die sind, die herrschen und in Wahrheit lenken,
Daß unsre Kraft wir unserm Land zum Ruhme schenken.
Und darum sind wir stolz.

Eine außerordentlich günstige Entwicklung haben die
Gewerkschaftsbanken

in den Vereinigten Staaten von Nordamerika genommen. Die erste Bank wurde im Mai 1920 eröffnet. Bis November 1925 haben die Arbeiterorganisationen 34 Banken zum Teil neu errichtet, zum Teil durch Erwerb der Aktienmehrheit unter ihre Kontrolle gebracht. Das Eigenkapital dieser Banken betrug annähernd 110 Millionen Dollar, mithin über 450 Millionen Mark. Durch diese Banken ist es den beteiligten Gewerkschaften gelungen, Eigenbahngesellschaft und auch sonstige Unternehmungen unter ihren mitbestimmenden Einfluß zu bekommen. Wie auf dem Gebiete der rationellen Produktion, müssen die Gewerkschaftler auch hier von den Amerikanern lernen. Wir haben uns zu sehr daran gewöhnt, nur die wenigen Milliarden und die Wollenskraker zu sehen; diese sind gewissermaßen nur die Schaufensterdekoration. Sie verkörpern nicht das wirkliche Amerika. Dort ist heute schon die Hälfte allen Aktienkapitals in den Händen der sogenannten Kleinen Leute. Die Zahl der Aktionäre liegt von 4,4 Millionen im Jahre 1900 auf 14,4 Millionen in 1923. Die Zahl der Sparkonten erhöhte sich in einem Jahrzehnt von 12,6 auf 30,3 Millionen. Bei den Lebensversicherungen liefen 1922 bereits über 30,3 Milliarden Dollar Versicherungen. Etwa die Hälfte aller Familien besitzt eigene Häuser, und zwar zumeist schuldenfrei. So fließt in Amerika der Arbeitsertrag in stets steigendem Maße den Arbeitnehmern zu. Auf diesem Wege werden Arbeitslust und Schaffensfreudigkeit der Arbeitnehmer wesentlich wirkungsvoller gesteigert als durch betriebliche Kontrollmaßnahmen und Anreizbestimmungen.

Mit höheren Löhnen, steigenden Sparguthaben und Aktienbesitz des einzelnen ist das von uns erstrebte Ziel nicht zu erreichen. Ebenso wesentlich wie die Stärkung ist die Organisation der Sparkraft und die systematische Verwendung des zusammengefaßten Sparkapitals zur Erlangung des höchstmöglichen Anteiles an Besitz der Wirtschaft. Diesem Zwecke soll vor allem

Die Deutsche Volksbank

dienen. Ihre erste Aufgabe in die Finanzierung aller von der Arbeitnehmerschaft errichteten Wirtschaftsunternehmungen, insbesondere der Konsum- und Produktionsgenossenschaften, denn die Arbeiter-groschen gehören zunächst in die Arbeiterunternehmungen. Trotz der außerordentlich ungünstigen Verhältnisse betrug die Umsätze der Deutschen Volksbank im letzten Jahre 414 Millionen Mark. Ende März d. J. waren rund 400 Spargeld-Annahmekonten vorhanden, die jedoch noch nicht alle ihre Sparsparnisse aufgenommen haben. Leider erkennen wir weitem nicht alle Angestellten und Vertrauenspersonen der christlichen Gewerkschaften die Bedeutung des Unternehmens. Ohne eine ganz umfassende Werbetätigkeit ist ein voller Erfolg nicht zu erwarten. Die Bank soll gewissermaßen die Treuhänderorganisation der Gewerkschaften bilden. Für die sichere Anlage der Gelder ist Sorge zu tragen; spekulative Risikogeschäfte dürfen unter keinen Umständen getätigt werden. Sie ist die geeignete Zentralstelle zur Vermittlung der Gelder an die den christlichen Gewerkschaften nahestehenden

Wirtschaftsunternehmungen.

Als solche kommen in Betracht die dem
Reichsverband deutscher Konsumvereine
angeschlossenen Vereine. Die Zahl derselben beträgt zur Zeit 320, in denen 682 000 Familien zusammengeschlossen sind. Der Gesamtumsatz belief sich im Jahre 1925 auf 130 Millionen Mk. An Rückvergütungen wurden über 9,5 Millionen ausgeführt. In rund 200 Verkaufsstellen beschäftigen die Vereine über 3000 Personen. Die dem Reichsverband angeschlossenen Vereine haben sich in der Groß-Einkaufs- und Produktions-e. V. — „Gepag“ — das Instrument zum gemeinsamen Wareneinkauf sowie zur Er-

Wie müssen uns bemühen, die uns bewegenden Fragen von höherer sittlicher Werte aus zu betrachten. Wir dürfen nicht erstarren in den Niederungen der Klasseninteressen und uns vom Ganges des Lebens loslösen.

Nicht mit Böhnerweisheit und Paragaphen, nicht mit rüch-sichtslosem Beharren auf den überkommenen Standpunkt, sondern allein mit Gerechtigkeitsgefühl, Liebe und Glaube an die Solidarität des Volksganges ist der Gestaltung von Wirtschaft und Staat näherzukommen.

Die Arbeiterfrage wird nicht gelöst durch Schießpulver, sondern durch die Kraft der Selbsthilfe, durch Pflichtgefühl und Erfüllung berechtigter Forderungen.

Unsere Arbeiterbewegung geht um mehr als nur um materielle Fragen. Wir kämpfen um die Gerechtigkeit in der Menschheit.
Franz Weber.

richtung und zum Betrieb eigener Produktionsstätten geschaffen. Die Gepag verfügt u. a. über moderne Fleischwaren-, Seifen-, Zigaretten- und Tabakfabriken, Kaffeeröstereien und Buchdruckereien. Obgleich die meisten dieser Betriebe erst im letzten Jahre eröffnet wurden, betrug die Umsätze rund 31 Millionen Mark. Da jeder Gewerkschaftler wissen sollte, daß nicht der Nominallohn, sondern die Kaufkraft seines Lohneinkommens entscheidend ist für die Höhe seiner Lebenshaltung, so muß für ihn die Zugehörigkeit und die Stärkung der Konsumvereine eine Selbstverständlichkeit sein.

Der Referent besprach sodann die Notwendigkeit und Wirksamkeit der Bauproduktionsgenossenschaften und der uns angeschlossenen Versicherungsunternehmungen.

Berufsmäßige Kritiker sowie überwollende Konkurrenten weisen hin auf die Fehlschläge einzelner Unternehmungen und ziehen daraus übertriebene Schlussfolgerungen. Gewiß sind die Arbeiter in manchen Orten mit mehr Idealismus und Opferwilligkeit als mit dem notwendigen Sachverstand zur Gründung geschritten. Das kann uns nicht abhalten, festzustellen, wie gesund die Gesamtbewegung ist. Wenn z. B. unter mehr als 2000 Konkursen im Januar d. J. einige Genossenschaften sind, so sehen gewisse Leute nur diese paar Genossenschaften und übersehen die 2000 Bankrotte anderer Unternehmungen.

In vertrauensvollem Zusammenwirken der Gewerkschaften mit den Wirtschaftsunternehmungen sind die einzelnen Unternehmungen wie die Gesamtbewegung unausgehebt zu fördern. Notwendig und zweckdienlich ist hier eine enge Arbeitsgemeinschaft. Die Spitzenorganisation der Gewerkschaften wie der Wirtschaftsunternehmungen mögen einen Wirtschaftsausschuß aus den erfahrensten Führern bilden, der alle einschlägigen Fragen beraten und die zweckdienlichsten Maßnahmen zur Förderung der Bewegung treffen kann.

In der einsehenden Diskussion sprach zunächst
Dissels (Essen),

Leiter der Konsumgenossenschaft „Wohlfahrt“. Als Vertreter der Genossenschaftsbewegung fühle ich mich gedrängt, auch hier einige Worte zu sagen. Der Grundsatz „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“ ist heute in der privaten Geschäftswelt fast ganz verkommen und in sein Gegenteil verkehrt worden. Die Verbraucher müssen sich durch Stärkung der Genossenschaftsbewegung den unhaltbaren Auswüchsen entgegenstellen. Gewiß brauchen wir zur Eindämmung der schlimmsten Erscheinungen in der Wirtschaft die Hilfe des Staates. Aber am wirksamsten ist die Selbsthilfe. Durch die Selbsthilfe ist schon außerordentlich viel erreicht worden. Wer sich die Beilage des „Deutschen“ näher ansieht, der wird sich davon überzeugen können. Wenn wir als Gewerkschaftler und Genossenschaftler fest zusammenstehen, dann können wir noch viel mehr erreichen und dem armen Volke wirksam helfen. Die gemeinsame Not muß uns zusammenschweißen.

Kollege Kreiß, M. d. R.-M.

Die Arbeiterschaft ist von größten Sorgen erfüllt. Die freie Wirtschaft wird gemacht, um im stärksten Maße eine private Zwangswirtschaft aufzubauen. Aber gegen die leisesten Ansätze einer Zwangswirtschaft von Staats wegen, die im Interesse der Allgemeinheit notwendig ist, laufen die Kartelle der Interessenten Sturm. Ich erkenne die Vorzüge einer Kartellewirtschaft an, aber man muß Sicherungen schaffen, um die Kartelle nicht zu einseitigen Instrumenten der Unternehmer werden zu lassen. Die gegenwärtigen Auswüchse der Kartellwirtschaft sind schon groß genug. Sie dürfen nicht nur Preisschraube sein.

Kollege Giesberts.

Unser Kollege Stegerwald hat in seinem groß angelegten Vortrage vom Sonntag stolze Ziele herausgestellt. Dieser Vortrag hat so recht gezeigt, daß unsere Bewegung über die Anfangsziele weit hinausgewachsen ist. Wenn ich zurückdenke an die ersten Jahre unserer Bewegung und die Probleme betrachte, um die wir uns heute bekümmern wollen, dann muß ich Ihnen ehrlich sagen, darum haben wir uns damals eigentlich nicht den Kopf zerbrochen. Aber gerade das kennzeichnet den echten gesunden, von christlich-sozialen Ideen beherrschten Geist der Bewegung. Deshalb werden wir uns als Machtfaktor in der deutschen Wirtschaft Geltung verschaffen.

Dissels hat die Organisation des Bedarfs erwähnt als Basis für Preisbildung und Lebenshaltung, zu gleicher Zeit als Grundlage für die genossenschaftliche Produktion. Wir müssen diese Bedingungen stärken und fördern, weniger deshalb, weil der einzelne davon den Vorteil hat, sondern weil wir uns auf diesem Wege fest in die Wirtschaft hineinhaken. Unsere Konsumvereinsbewegung wird stets die Kontrollbewegung zum Preis- und Produktionsproblem sein. Dazu kommen die Einrichtungen, die die christlichen Gewerkschaften sich geschaffen haben: die Deutsche Volksbank und die Versicherungseinrichtungen. Ich will heute dem Kollegen Stegerwald offen und ehrlich sagen, daß wir ihn beglückwünschen zu diesem Erfolg. Es hat ihm zwar keine grauen Haare gekostet, denn die Haare hat er dabei längst verloren, aber gekostet hat es ihm manche schlaflose Nacht und viele Sorgen. Die Einrichtungen der kapitalistischen Finanzwirtschaft hineinzudringen. Das ist von hervorragender Bedeutung. Man redet vom internationalen Finanzkapital. Unsere Gäste aus England haben uns mitgeteilt, daß sie mit uns gemeinsam die Gegnerschaft zu diesem Kapital haben. Es scheint mir aber

so, daß das internationale Finanzkapital ein schwarzer Mann ist, von dem man immer redet und von dem keiner weiß, was er eigentlich ist. Wir haben erlebt, daß beispielsweise der deutsche Bauer für seinen Roggen keine 7 Mark pro Zentner bekommen konnte, während vom Ausland ungeheure Mengen Getreide ins Land strömen. Die Lösung des Geheimnisses ist: der Exporthandel verfügte angeblich nicht über die Geldmittel, um den Bauer bar zu zahlen. Dieser war auf eine Barzahlung angewiesen. Das internationale Finanzkapital aber borgte auf sechs Monate dem deutschen Export genügend Geld, und so wurde Deutschland mit fremdem Getreide zu höheren Preisen, als sie der deutsche Bauer erhielt, überschwemmt. Das ist ein unmöglicher Zustand. Ich denke mir, daß die Tätigkeit der Deutschen Volksbank darin besteht, nicht nur Geld zu vermitteln, sondern auch die Menschen zu erziehen und von sozialen Gesichtspunkten aus auf diesem Wege durch geschickte, gut angelegte Schlingengräben dem Gegner zu Leibe rücken.

Unser Kongress steht in seinen Leistungen auf anerkannter Höhe. Überall das Bemühen, einzudringen in die Probleme. Nicht recht zu haben, sondern die eigene Erkenntnis zu vertiefen, ist das Bemühen. Was sehen wir auf der anderen Seite: Die Handelskammern tagten in Essen, das war geradezu eine Katastrophe. So etwas Trostloses auf wirtschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis habe ich noch nicht erlebt. Es ist ein Ereignis, wenn man aus ganz Rheinland und Westfalen die prominenten Leute von Handel und Industrie in einer Zahl von mehr als dreitausend nach Essen beordert. Eine unschätzbare Gelegenheit, auf diese Kreise erzieherisch einzuwirken. Und was haben wir erlebt? Die gleiche feindselige Einstellung gegen die Sozialpolitik, gegen die Arbeiterbewegung, die gleiche überhebliche Betonung von Handel und Industrie. Kurz und gut: wenn auf der anderen Seite die führenden Kräfte sich nicht so bemühen, wie wir uns bemühen, Verständnis für die Gesamtaufgaben gegenüber Volk und Vaterland zu erhalten und Verständnis für die soziale Lage der einzelnen Menschen zu gewinnen, dann sehe ich keinen Ausweg mehr, wie wir eine Verständigungsmöglichkeit schaffen können. Wir stehen aber auf dem Boden dieser Verständigung und wollen sie anstreben und verwirklichen trotz aller Mißerfolge.

Darauf folgte die Erledigung der Anträge.

Im Anschluß daran wurde das Wort erteilt dem Leiter des Bildungswezens

Dr. Köhr.

Wege und Ziele des gewerkschaftlichen Bildungswezens

Das gewerkschaftliche Bildungswezen ist nur ein Teil des gesamten Bildungswezens. Wie für dieses, so ist auch für jenes ein klarer, idealer Bildungsgriff eine unerlässliche Voraussetzung. Die Geschichte hat uns kein Bildungsideal überliefert, das uns heutigen, auch als Christen und Gewerkschaftlern zusagte. Weber das griechische Ideal des „schönen und guten Menschen“, noch das römische des „tüchtigen Bürgers“, noch das des Renaissancezeitalters mit seiner Galanterie und gesellschaftlichen Gemadtheit, noch das dem Griechischen verwandte Ideal des harmonischen, edlen, schönen, guten und hilfreichen Menschen der Goethezeit, noch das des „forchten Kerls“ der Wilhelmianischen Zeit genügen uns heute; noch auch halten wir Wissen und Gelehrtheit schon für Bildung. Wir sind ernster, umfassender, bringen tiefer ein und wollen höher hinaus. Vor allem haben wir im Gegensatz zu der vorausgegangen Epoche die Auffassung, daß Bildung niemals ein abgeschlossener Besitz von Kenntnissen, überhaupt kein Zustand, sondern ein Werden ist, das weder für den einzelnen Menschen noch für die Menschheit jemals, soweit wir zu erkennen vermögen, zu Ende sein wird. Und zwar ist es ein Werden im Hinblick auf ein Ideal. Die Menschen können recht verschiedene

Bildungs ideale

aufstellen; für den christlichen Menschen ist es der christliche als der allwissende, allweise, getreue, gerechte, wahrhaftige Gott; der Schöpfer und Erhalter aller Dinge ist. Sich Gott ebenbürtig zu machen suchen, in dieser Richtung alle geistigen und körperlichen Anlagen durch Triebe und Kräfte entfalten heißt, sich bilden. Da einerseits Gott „die Summe aller Ideale“ ist, andererseits die Menschen recht verschieden veranlagt sind, so ist nicht gesagt, daß alle Menschen typen verschwinden müssen. Im Gegenteil, sie sind und werden als Persönlichkeiten recht verschiedene Formen aufweisen, insbesondere wegen der Eigentümlichkeiten des Volkscharakters und der Volkskultur, sowie infolge der

beruflichen Sonderveranlagung und -bildung,

die innerhalb der Allgemeinbildung der Anlagen und Kräfte eine hervorragende Bedeutung — und zwar keineswegs nur dem Handarbeiter — zukommt. In unserem Bildungsideal ist also das Gute aller denkbaren Bildungs ideale enthalten; es umfaßt nicht nur das Wissen, sondern auch den Charakter, vor allem die Entschlußkraft und den Willen, auch die Umwelt besser zu gestalten.

Dieses wahre Bildungsideal in voller Klarheit, auch mit allen Forderungen für das menschliche Handeln darzustellen und den Menschen einzuflanzeln, ist Aufgabe der Kirche, der Schule und aller Persönlichkeiten, die dazu berufen sind. Die Gewerkschaften sind dazu nicht in erster Linie berufen. Aber schon durch ihre rein gewerkschaftliche Tätigkeit schaffen sie unumgängliche Voraussetzungen für eine derartige Bildung.

Diese macht die von ihr erfassten und beeinflussten Menschen selbstbewußt, gibt ihnen Halt und Vertrauen, reißt sie aus ihrer Isolierung und Dummheit, macht sie wach, setzt ihnen große Ziele und gibt ihnen so ein Stück Menschenwürde. Weiter: die volle Bildung, von der wir sprechen, kann nämlich nur dann im einzelnen Menschen werden, wenn er nicht von materiellen Sorgen niedergedrückt wird und überhitzende Rufe verfügt, um das Bildungsideal in sich lebendig zu machen und wahre Bildungsarbeit an sich selbst — das ist ausschlaggebend — zu leisten. Das materielle Los der Arbeiterklasse zu erleichtern, ihre Kaufkraft zu erhöhen und ihr Zeit zu verschaffen, während der sie über sich selbst bestimmen kann, war, ist und wird sein die Hauptaufgabe der Gewerkschaften. Es ist nur zu wünschen, daß sich die Erkenntnis dieser Bedeutung der ersten Aufgabe der Gewerkschaften für Millionen von Volksgenossen und damit für die Kultur allerseitig Bahn bringt. Man braucht übrigens nur viele Gewerkschaften persönlich zu kennen, um zu dieser Einsicht zu gelangen. Man erkennt dann allerdings auch die hervorragende Bedeutung der Weiterentwicklung für die Bildung der Arbeiter. Der christliche, der freigewerkschaftliche und der S.-D.-Mann, alle Gewerkschaftler erweisen sich als verschiedenartig gebildet. Da uns das eingangs geschilderte Ideal,

das Ideal der christlichen Volksbildung,

als das höchste erscheint, so ergibt sich für die christlichen Gewerkschaften eine mittelbare Bildungsaufgabe, nämlich überall für die Anerkennung dieses Bildungs ideal und für die Rückkehr von Personen und Einrichtungen, die es in den Menschen fördern, ein-

zutreten. Wir tun also nichts, als daß wir unseren Zielen dienen, wenn wir für die private und öffentliche Anerkennung und Pflege des Christentums eintreten; wir tun nichts als unsere Pflicht, wenn wir die christlichen Kirchen und Schulen verteidigen und fördern, wir handeln nur unseren tiefsten und höchsten Ziele entsprechend, wenn wir die ganze deutsche Kulturgeschichte und das deutsche Volkstum pflegen und gepflegt wissen wollen; denn es ist ein wesentlicher Bestandteil der Grundlagen und Ziele in unserer Bildung.

Wenn wir soweit ausholten, dann deswegen, weil wir unserer Weltanschauung entsprechend unterverstem Denken und Schauen geneigt sind. Alles hängt irgendwie zusammen, alles hat mit allem, jedes mit jedem etwas zu tun.

Es ist aber ohne weiteres klar, daß die Gewerkschaften entsprechend ihrem Charakter als Gewerkschaften eine gewisse Sonderbildung pflegen müssen: Das ist die Förderung wirtschaftlicher und sozialer Einsichten und Kenntnisse, die Förderung beruflichen Wissens und Könnens, und die Stärkung der für die Gewerkschaften besonders wichtigen Charaktereigenschaften. Wie für das Bildungswezen der Beschäftigten ein Bildungsziel, so ist für wirtschaftliche Erkenntnis und wirtschaftspolitisches Handeln ein

wirtschaftspolitisches Gesamtziel

von größter Wichtigkeit. Die freien Gewerkschaften besaßen ein solches, wir sind auf gutem Wege zu einem solchen. Ich erinnere an die Arbeiten des eben verstorbenen Vater Weß, an die Ausführungen in der Festschrift von 1924 und an viele Aufsätze in der „Deutschen Arbeit“. Diese Denkarbeit muß mit aller Energie weitergeführt werden. Je mehr Echo sie findet, desto besser geht sie voran. Die wirtschaftliche Fortschritts- und Zielsetzungsarbeit muß von wirtschaftlicher Bildungsarbeit an den Mitgliedern begleitet sein.

Die berufliche Bildung kann von den Gewerkschaften in der Hauptsache nur mittelbar gepflegt werden, nämlich dadurch, daß sie ein gutes Berufsausbildungsrecht herbeiführen und an dessen genauer Durchführung mitwirken, sowie dadurch, daß sie den Mitgliedern nachhaltig den hohen Wert einer gründlichen Berufsausbildung und der getreuen Berufsausübung immer wieder vor Augen führen. Allerdings umschließt dieser Sach eine Fülle praktischer Bildungsarbeit. Wenn ein Uebiges geschieht, indem z. B. von den Gewerkschaften Fortbildungskurse veranstaltet und Fachzeitschriften herausgegeben werden, wie es hier und da der Fall ist, so ist das sicher zu begrüßen.

Die Herausbildung der sozusagen spezifisch gewerkschaftlichen Charaktereigenschaften, wie Selbstbewußtsein gegenüber alle den Arbeiter niederdrückende Tendenzen, Glaube an die Ziele der Gewerkschaft, Treue und Opferwilligkeit, Kameradschaft, Disziplin, Entschlußkraft und Handlungsfähigkeit muß ständig bei allen Bildungsarbeiten nebenhergehen. Sie ist für den Bestand der Gewerkschaften und den Erfolg ihrer Arbeit geradezu lebenswichtig.

Wie kann nun diese vielseitige, allerdings insgesamt dem höchsten Ziele untergeordnete unmittelbare Bildungsarbeit geleistet werden? Die bisherigen Mittel:

Vorträge, Kurse, Zeitungen, Zeitschriften haben in der Vergangenheit ihre große Bedeutung gehabt und werden sie auch in Zukunft behalten müssen. Nur muß mehr Gewicht gelegt werden auf die Herausstellung und Förderung des allgemeinen Bildungs ideals, und auf allen Teilgebieten muß eine tiefere Einsicht, ein lebhafteres Bildungsstreben und stärkeres wirtschaftliches Wollen wachgerufen werden. Polemik? Gewiß, aber scharf und kurz! Die Gewerkschaften haben schon lange genug polemisiert. Die positive Bildungsarbeit muß das Feld beherrschen. Wichtiger noch als die Mittel sind die Personen, die sie anwenden. Es fehlt in den Gewerkschaften noch sehr an pädagogischen Kräften. Man kann sie nicht herbeizuholen, aber wo sie sich zeigen, müssen sie gefördert werden. Sie sind besonders wichtig für ein Gedeihen der

Kursarbeit.

Diese aber wird in Zukunft das Hauptbildungsmittel sein, soweit es sich um die Uebermittlung von Wissen handelt. Kürzere und längere Kurse bis zu vier und sechs Wochen werden in Zukunft für die verschiedenen Kreise (Vertrauensleute, Jugendführer, Gewerkschaftsangehörige, Betriebsräte, Rechtschutzbeamte) ununterbrochen abzuhalten sein. „Vorbereitender Fernunterricht“, völlige geistige „Loslösung der Teilnehmer aus ihrer Umgebung“, „faktische Lehrmethode“, „dauernde Ermuterung zur eigenen Weiterbildung von einer zentralen Stelle aus“, damit mag angedeutet sein, um welche Methode es sich hier handelt.

Die Charakterbildung

aber, der wichtigste Teil in der gewerkschaftlichen Bildung, kann nur zu einem geringen Teile durch Lehrtätigkeit gefördert werden, weil wirksam ist da der „Geist“, der in der Bewegung herrscht. Dieser aber wird geschaffen und getragen von den Führern. Und sie wirken als Vorbilder, so oder so. Wenn sie auch nicht theoretisch das Vorbild sind oder sein sollen, praktisch sind sie es in hohem Maße.

Für uns gibt es nicht den Gegensatz: Ideal und Wirklichkeit. Das Ideal ist uns das Höhere gegenüber der Wirklichkeit: Wir müssen die Wirklichkeit dem Ideal näher bringen, vor allem im Persönlichen. Wir brauchen den aktiven Menschen, der real und ideal sich in sich vervollkommenet.

Nach diesem Schlussvortrage sprach Tremmel vom Fabrikarbeiterverband und noch beherzigenswerte Worte. Vor allem stellte er den Gedanken der Einigkeit in den Vordergrund. Alle mußten sich geschlossen hinter Stegerwald stellen, denn dieser sei der Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Dann sprach der stellvertretende Vorsitzende Behrens das Schlusswort.

Wir stehen nunmehr am Schluß unserer bemerkenswerten Tagung, die ein Meilenstein in unserer Geschichte sein wird. Lassen Sie mich allen, die zum Gelingen des Kongresses beigetragen haben, herzlichen Dank sagen. Seit 1920 haben die christlichen Gewerkschaften immer deutlicher ihre Stimme erhoben, um zu den großen Fragen des deutschen Volkes auch ihre Meinung kundzutun. Auch hier ist dieses wieder mit Deutlichkeit geschehen. Der Kongress wird sicher noch lange nachwirken und in mancher Beziehung richtunggebend sein. Die ausgezeichneten Ansprachen der Gäste haben wesentlich zur Bereicherung unseres Kongresses beigetragen. Von größter Bedeutung ist das Zusammenstehen von Kirche und Arbeiterschaft. Die Durchsetzung der christlichen Ideen muß unser festes Streben sein.

Wir erleben jetzt in dieser Zeit, daß die große breite Volksschicht, die Arbeitnehmerschaft, mit elementarer Gewalt nach Licht und Gestaltung drängt. Das Nützlich, das der Kongress gegeben hat, wird dieses Aufwärtstreiben erleichtern und fördern. Vor allem hat der Kongress die Aufmerksamkeit auf die Selbsthilfe gelenkt. An der Selbsthilfe erkennt man die Kraft der Bewegung. Seien wir also hoffnungsvoll. Das Gehörte muß draußen im Lande durch Kleinarbeit in die Tat umgesetzt werden. Auf der ganzen Linie muß jetzt gearbeitet werden.

Mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung wurde der Kongress geschlossen. Stehend sangen alle Teilnehmer das Deutschlandlied.

„Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand.“ Diese Worte haben auch Geltung für die christliche Gewerkschaftsbewegung. Erhält sie sich die Liebe und den Glauben zu diesen drei Sternen, dann können alle grauen Sorgen um die Zukunft der Bewegung schwinden, dann wird sie nicht nur eine Zukunft schlechthin haben, sondern eine Zukunft machen.

Wohlfahrtsminister Kollege Hirtfelder 50 Jahre

Erneut haben wir Anlaß, eines Kollegen zu gedenken, nicht deshalb, weil er die Höhen des politischen Lebens erklimmt, sondern weil seine gewerkschaftliche Arbeit dies verdient, weil er zu den Pionieren und Bahnbrechern unseres Verbandes im rheinisch-westfälischen Industriebezirk gehört. Am 26. 4. wurde unser Kollege, der Preussische Wohlfahrtsminister Hirtfelder 50 Jahre alt. Sein Wirken ist mit der Entfaltung und Entwicklung der Ortsgruppe und nachher der Ortsverwaltung Essen innig verknüpft. Die gewerkschaftliche Arbeit in Essen gegenüber dem mächtigen Druck der Firma Krupp war nicht leicht. Es war ein bornenvoller und schwieriger Weg, den eine Anzahl beherzter Metallarbeiter sich zu gehen anschickten, als sie im Mai 1900 unter Führung des Kollegen Klotz die erste Sektion des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Essen-Altenhof gründeten. Zu den Gründern gehörte auch Kollege Hirtfelder, den seine gewerkschaftliche Arbeit recht bald an die Spitze der Ortsgruppe brachte.

Bereits am 1. Oktober 1904 wurde er freigestellt und konnte recht bald schon die in Essen bestehenden 5 Ortsgruppen zur Ortsverwaltung Essen vereinigen. Hirtfelder ist also einer der dienstältesten Beamten des Verbandes, der seine unverwüthliche Arbeitskraft rückhaltlos für die Interessen der Kollegen stets eingesetzt hat. Bekannt ist sein Kampf gegen die Kruppische Pensionskasse. Seine nie erlassende Arbeitskraft und sein vorwärtsdringender Optimismus wirkten sich besonders aus nach Uebernahme des 1. Verbandsbezirks als Bezirksleiter. Im Jahre 1912 übernahm er dazu auch noch den 3. Bezirk. Beide Bezirke nahmen unter seiner Leitung einen erfreulichen Aufschwung. Nach dem Kriege, der ihn zur Verteidigung des Vaterlandes rief, wurde er durch das Vertrauen der Wähler in das Preussische Abgeordnetenhaus entsandt und im Jahre 1921 als Preussischer Minister zur Uebernahme des Preussischen Wohlfahrtsministeriums berufen. Auch in dieser Stellung ist er der alte christliche Metallarbeiter geblieben. Seine Treue zum Verband hat er noch auf der Generalversammlung in Denabriet öffentlich bekundet.

Zu seinem Geburtstag sprechen wir ihm die herzlichsten Glück- und Segenswünsche aus und hoffen, daß er noch viele Jahre in bester Gesundheit und Lebensfrische verbringen möge.

Christliche Gewerkschaftsführer und Sonntagsruhe

Die sozialistische Bewegung befindet sich augenblicklich in starken Belkemmungen. Die Spaltung der Partei in Sachsen, ähnliche im ganzen Reich zu konstataierende gegenwärtliche und stark miteinander ringende Strömungen gehen an der Kraft und Einheitlichkeit der sozialistischen Bewegung. In diesem Dilemma greift man nach dem alten gewohnten Mittel: man sucht einen Mittelableiter, welcher die Aufmerksamkeit der Anhänger von dem Stand im eigenen Lager ablenken soll. Diesmal sind es christliche Gewerkschaftsführer, die in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete als Mittelableiter dienen sollen. In der sozialistischen Presse macht augenblicklich ein Korrespondenzartikel die Runde, in dem den christlichen Arbeiterabgeordneten Andreae, Tremmel und Wieber der Vorwurf gemacht wird, sie hätten einen Antrag unterzeichnet, wonach Grund des Par. 105 c der Gewerbeordnung das Verbot der Sonntagsarbeit keine Anwendung finden solle auf die Herstellung von Eis-, Creme- und Früchtespeisen in den Konditoreien und Bäckereien. An diesen Vorgang werden dann eine Reihe „geschmackvoller“ Bemerkungen geknüpft.

Wie ist die Angelegenheit sachlich zu beurteilen? Das allgemeine Verbot der Herstellung von Backwaren an Sonntagen gilt nicht für die Herstellung leicht verderblicher und daher nur frisch verkäuflicher Backwaren (creme-, eis- und sahnhaltige Backwaren). Diese Ausnahme kommt allerdings nur in Frage für die Hotel- und Cafetierbetriebe, die also auch an Sonntagen frisch darauf los produzieren dürfen, während die eigentlichen berufsmäßigen Hersteller, die Feinbäcker und Konditoren, Sonntags nicht produzieren dürfen. Daß das ein Unrecht ist, wird allgemein einleuchtend sein und gegen dieses Unrecht kämpft das gesamte Bäckerei- und Konditorei-gewerbe an. Hier kann es also logischerweise nur zweierlei geben: Entweder man verbietet auch den Hotels und Cafes die Herstellung solcher Waren an den Sonntagen oder man gestattet diese Herstellung auch dem dafür in Betracht kommenden Berufe. Da das erstere bei der Einstellung weitester Bevölkerungskreise wohl nicht in Frage kommt, bleibt doch nur der letztere Weg.

Im übrigen brauchen wir wirklich unseren Kollegen Wieber gegen die plumpen Vorwürfe der sozialistischen Presse nicht in Schutz zu nehmen. Kollege Wieber ist der Vorkämpfer einer vernünftigen Arbeitszeitgestaltung und hat sich stets mit seiner ganzen Kraft für die Interessen der Arbeiter auf diesem Gebiete eingesetzt. Die Lebensarbeit des Kollegen Wieber ist der Arbeiterschaft gewidmet, und das Vertrauen der Metallarbeiter zu ihrem bewährten Führer wird auch die sozialistische Presse nicht zu erschüttern vermögen.

Bekanntmachung

Sonntag, den 2. Mai, ist der 19. Wahntagstag 1924.